

# Politische Berichte ★

Politische Berichte  
Zeitung für sozialistische Politik  
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM  
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse  
Postfach 260 226, 50150 Köln  
Hausadresse: GNN-Verlag,  
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,  
Telefon 02 21 / 21 16 58 Fax: 02 21 / 21 53 73

Nummer 17 / 17. Jahrgang

22. August 1996

G 7756 D Preis 2,00 DM

## „Bischofferode ist überall!“

### Gerhard Jüttemann zum Fortgang der De-Industrialisierung im Osten

Die Losung im Arbeitskampf der Bischofferoder Kalikumpel aus dem Jahr 1993 scheint sich erneut traurig zu bestätigen. Am 15.8.1996 verkündet BASF, daß sie 51% ihrer Gruppengesellschaft Kali und Salz Beteiligungsgesellschaft AG an die Potash Corporation of Saskatchewan Inc. (PCS), Kanada, den größten Kaliproduzenten der Welt, veräußern will. Damit würde PCS Mehrheitsgesellschafter an Kali und Salz.

Liegt hier nicht die Vermutung nahe, daß in Kürze Konkurrenz ausgeschlossen werden soll? Sogleich beeilen sich sowohl die BvS als auch die Kali und Salz zu verkünden, daß die „mittelbare Verbindung der Kali und Salz GmbH mit einem potenten internationalen Unternehmen grundsätzlich positiv gesehen“ wird und „dieser Schritt die weitere Entwicklung von K+S unterstützen wird.“

Bekanntlich ist das Kaliwerk Bischofferode „geopfert“ worden, damit die Konkurrenz von BASF einen Zulieferer verliert. Ist diese Gefahr für die bestehenden Kaligruben mit diesem Verkauf nicht auch gegeben? Denn das Großkapital nimmt keine Rücksicht, wenn es darum geht, den Profit zu steigern.

Damals hatte die BASF gedroht, ihre Anteile an der deutschen Kaliindustrie zu verkaufen, wenn bei der Fusion nicht die Schließung bestimmter Kaliwerke wie z.B. Bischofferode vereinbart wird. Die Treuhand ist diesen Forderungen nachgekommen. Von den 10 ostdeutschen Kaliwerken produzieren heute noch zwei. Auch das Werk Bischofferode wurde geschlossen. Millionen und aber Millionen müssen für die Verwahrung der stillgelegten Gruben aufgewendet werden. Und damit noch nicht genug. Die Übernahme der zwei Kaliwerke durch K+S war noch mit Millionen Mark Subventionsforderungen verbunden, die bereitwillig dem Unternehmen gezahlt wurden und werden.

Bekanntlich paßte der Arbeitskampf in Bischofferode nicht in das Vereinigungsszenario. Das uneingeschränkte Agieren von Konzernen wurde sichtlich gestört. Deshalb wurden den um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Bischofferoder Kalikumpel Versprechungen von einer blühenden Zukunft gemacht. Jeder sollte bis Ende 1995 einen neuen Arbeitsplatz bekommen. Das Ergebnis ist bekannt. Statt 700 bis 1.000 neuen Arbeitsplätzen sind lediglich auf dem Gelände des ehemaligen Kaliwerkes 50 neue Arbeitsplätze entstanden. 142 Bergleute sind noch mit der Verwahrung

der Grube beschäftigt. 170 Bergarbeiter sind befristet bis Ende 1996 von der Entwicklungsgesellschaft Nordhausen übernommen worden und sind über sogenannte 249h-Maßnahmen in kommunalen Projekten tätig.

Betrachtet man heute die Situation in Bischofferode, so muß man sagen, daß an der Umsetzung der damaligen Versprechungen und Zusagen nicht mit aller Ernsthaftigkeit herangegangen ist. Dies zeigt sich heute besonders an den Bedingungen, unter denen die auf dem ehemaligen Werksgelände angesiedelten Unternehmen produzieren. Die Erschließung des Geländes als Industriestandort geht nur schleppend voran. So existieren bis heute keine Straßenverbindungen, keine eigenständige Elektroenergieversorgung u.v.a.m. Für einen Standort, für den die Landesregierung gewisse Prioritäten zugesagt hat, sind die Ergebnisse insgesamt mehr als dürftig. Dazu zählt auch die regionale Einbindung des geplanten Gewerbegebietes Bischofferode. Ungeklärte Finanzierungsfragen scheinen die terminliche Realisierung weiter zu verzögern. Die Erneuerung der Zufahrtsstraßen nach Bischofferode läßt auch auf sich warten. Gerade sie wäre aber notwendig, wenn durch die vielgepriesene Autobahn die verkehrstechnische Anbindung des Standortes aufgewertet werden soll. Allein die Autobahn in 15 km Entfernung schafft diesen Effekt nicht.

Die einzigen, deren Interessen gewahrt blieben und denen man nachkam, sind die Konzerninteressen. Nicht nur „marode“ ostdeutsche Unternehmen, sondern vor allem in Konkurrenz mit westdeutschen Unternehmen stehende Betriebe haben eine schwierige Situation. So fehlte z.B. der IFA Nordhausen für ihr technisch ausgereiftes Produkt – Bioölmotor – das dazu erforderliche Netz an Ressourcen, Infrastruktur und industrieller Kooperation. Inzwischen hat der Betrieb Konkurs angemeldet. Das gilt auch für das Fahrzeugunternehmen Suhl, die das Elektroauto „Hotzenplotz“ entwickelten und zur Serienreife führten. Allein die Mineralölindustrie dürfte sich über diesen Konkurs freuen.

Das Erschließen von Märkten durch ostdeutsche Unternehmen verlangt Konzeptionen, Förderung von Innovation und Kooperation durch politische Entscheidungen. Diese bleiben aber, wie auch in Bischofferode, aus.

Gerhard Jüttemann war Betriebsratsvorsitzender in Bischofferode, er ist jetzt PDS-Abgeordneter im Bundestag.



Der Tarifkonflikt im Einzelhandel dauert weiter an. Der Bundesverband der Deutschen Arbeitgeber (BDA) kündigte sogar an, Tarifverträge, bei denen für Samstagarbeit nach 14 Uhr Zuschläge vereinbart seien, nicht mehr als „allgemeingültig“ anzuerkennen. Ein Bericht über den Fortgang des Konflikts in Nordrhein-Westfalen (Bild: Raunhein, Hessen) auf Seite 11 dieser Ausgabe.

## Ein deutsch-kurdisches „Friedensfestival“

Am 21.9. im Müngersdorfer Stadion in Köln

Aus dem Aufruf der Veranstalter:

(...) Sofortige Beendigung des Kriegs gegen die Kurden. Für das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben aller Türken und Kurden. Einrichtung eines Verhandlungsdialogs zwischen den bekannten Konfliktparteien mit dem Ziel einer langfristigen politischen und sozialen Lösung. Unverzügliche Anerkennung der Menschenrechte und Aufhebung aller Sondergesetze durch die Türkei. Keine Abschiebungen von Flüchtlingen und Verfolgten durch die Bundesrepublik Deutschland. Aufhebung aller Verbote und Beschränkungen gegen kurdische Parteien und Vereine. Nur wenn in Kurdistan Frieden herrscht, wird es auch in Deutschland keine „Kurdenfrage“ geben. Die Lösung der Kurdenfrage ist zugleich ein essentieller Bestandteil für die Demokratisierung der Türkei. Und nur dann, wenn auch die Bundesregierung die vielen Benachteiligungen der hier lebenden kurdischen Bevölkerung aufhebt, ihr die uneingeschränkten politischen, sozialen und kulturellen Rechte garantiert, kann auch in diesem Land ein Beitrag zu einer friedlichen und demokratischen Entwicklung in Kurdistan geleistet werden.

(...) Seit 3 Generationen leben in der Bundesrepublik Bürgerinnen und Bürger deutscher und kurdischer Abstammung zusammen. Wir sind Freunde geworden. Wir stehen zusammen. Kein Verbot kann uns trennen. Wir sind in einem klaren und eindeutigen Versprechen mit ihnen verbunden: Wir werden mit euch gemeinsam kämpfen für den Frieden, die Demokratie und Selbstbestimmung in Kurdistan und für alle demokratischen Rechte in Deutschland.

Wir versammeln uns am 21. September in dieser Absicht alle im Müngers-

dorfer Stadion zu einem großen und friedlichen Fest. Zu Musik, Tänzen, Szenischen Darbietungen und vielen Beiträgen für Frieden und Verständigung. Wir laden alle Menschen ganz herzlich ein. Wir treffen uns in Köln.

Veranstalter: Hans Branscheid (Appell von Hannover), Bernhard Böhm (i.A. des Aachener Friedenspreises e.V.), Kambiz Behbahani (BUVO B '90/Grüne), Iker Maria Hügel (Flüchtlingsrat NRW, Vorstand Pro Asyl), Murat Cakir (Vors. GDF – Föderation der Immigrant\*innenvereine aus der Türkei e.V.) und Kemal Kirac (Vors. GDF LV NRW)  
Unterstützer: Appell von Hannover, Fraktion B '90/Grüne (Köln), Öffentlichkeit gegen Gewalt (Köln), Kölner Appell, Gerhard Diefenbach (Vorstandsmitglied des Aachener Friedenspreises e.V.), KV B '90/Grüne Köln, Stadt Revue, GDF, GDF NRW, Förderverein kurdische Kultur und Sprache e.V. (Köln), Köln Halkevi e.V. (Volkshaus), AGIF – Föderation der Arbeitsimmigranten aus d. Türkei, Initiative Kölner Klagemauer für den Frieden, Rheinisches Journalistenbüro (Köln), PDS Köln.  
Koordination „Friedensfestival Kurdistan“, c/o Köln Office, Weißhausstr. 20, 50939 Köln, Tel. 0221/4769330, Fax 0221/4769332

### Kanther scheiterte

Der Bundesinnenminister ist mit einer Anzeige gegen den presserechtlichen Verantwortlichen des *Kurdistan-Rundbriefs* gescheitert. Bereits im Januar hatte die Staatschutzkammer des LG Köln abgewiesen: Die Veröffentlichung einer Grußadresse des PKK-Generalsekretärs Öcalan an eine Friedensdemonstration im Sommer '95 in Bonn falle unter die Pressefreiheit. Die Staatsanwaltschaft protestierte, das OLG beschloß: Über die Anzeige muß eine Gerichtsverhandlung stattfinden. Am 19.8. fand diese statt. Ergebnis: Freispruch, der Standpunkt des BMI, das sei „Werbung für eine verbotene Vereinigung“, sei „völlig falsch“. Die Pressefreiheit blieb gewahrt. (rll)

**AKTUELL IN BONN****Olympia: Jeder Fünfte war von der Bundeswehr**

Soldaten der Bundeswehr haben bei den Olympischen Spielen ein Fünftel der gesamten „Sportlerdelegation“ des deutschen NOK gestellt. Das meldet stolz das Verteidigungsministerium. 92 Soldaten, darunter 8 Frauen, seien dabei gewesen. Gegenüber den Olympischen Spielen 1992 sei das fast eine Verdoppelung. Bundesverteidigungsminister Rühe ließ es sich nicht nehmen, „seine“ Soldaten im olympischen Dorf direkt zu besuchen. „Besonders in Sportarten wie Boxen, Kanuslalom, Ringen, Schießen, Turnen der Männer und Wasserball sei der Anteil der Bundeswehrsoldaten hoch – am höchsten bei den Ringern mit 80%.“ Die Bundeswehr stellt zur Förderung von Spitzensportlern insgesamt 704 Planstellen zur Verfügung. Davon werden 664 Stellen dem Deutschen Sportbund bzw. den Spitzenverbänden zur Förderung von Hochleistungssportlern mit Bundeskaderstatus bereitgestellt, heißt es von der Hardthöhe stolz. (Pressemitteilung BmVg vom 17.7.96)

**Jagdausflüge nach Spanien auf Staatskosten**

Die Flugbereitschaft des Verteidigungsministeriums hat im vergangenen Jahr Landwirtschaftsminister Borchert und seinen Staatssekretär Feiter nebst Ehefrauen zwei Mal auf Staatskosten zu Jagdausflügen nach Spanien transportiert. Das hat die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage von SPD-Abgeordneten eingeräumt. Bei der ersten Jagd handelte es sich lt. Antwort der Bundesregierung um eine „Drück- und Pirschjagd auf Dam- und Rotwild, bei der zweiten um eine Einzeljagd auf Steinböcke. In beiden Fällen seien der Minister und sein Staatssekretär samt Ehefrauen von der spanischen Regierung eingeladen gewesen. Die Kosten der „Jagdausflüge“ bezifferte das Verteidigungsministerium auf zusammen 128.000 DM, die aus dem Haushalt des Verteidigungsministeriums beglichen wurden.

**Union bläst zur Jagd auf „Linksextremisten“**

Die CDU/CSU hat die Bundesregierung in einer kleinen Anfrage aufgefordert, aufzuschlüsseln, wieviele „Linksextremisten“ im vergangenen Jahr im öffentlichen Dienst beschäftigt wurden. Die Unionsfraktion wünscht eine Aufschlüsselung nach Bund, Ländern und Kommunen sowie nach Beamten, Angestellten und Arbeitern. In der Begründung heißt es von der CDU/CSU, der Staat sei nach wie vor der Gefahr „linksextremistischer Unterwanderung“ ausgesetzt.

**Contra Scientology**

Zeitlich abgestimmt mit dem Erscheinen einer „Studie“ des Bundesverwaltungsamtes über die „Scientology“-Sekte haben Junge Union und mehrere Politiker aus CDU/CSU, FDP und SPD eine Überwachung der „Scientology“-Sekte durch den Verfassungsschutz gefordert. Der Leiter des NRW-Verfassungsschutzes, Baumann, ganz begeistert über sich auf-tuende neue Geschäftsfelder für seine

Schlapphüte, forderte sogleich einen „europaweiten Informationsaustausch“ über die Sekte. CDU-Familienministerin Nolte nannte die Sekte ein „weltweit operierendes, hemmungslos auf Gewinn ausgerichtetes Unternehmen“ mit „totalitären Zügen und einem menschenverachtenden Gesellschaftsbild“. Mit dem Vorwurf könnte sie den Verfassungsschutz gegen alle großen deutschen Konzerne einsetzen und vor allem gegen die Katholische Kirche, den Opus Dei u.a. religiöse Geheimbünde. Verfassungsfeindlich sind die allemal – zumal mit einem göttlich-unfehlbaren Oberhaupt an der Spitze, der strikten Ablehnung der Gleichberechtigung der Geschlechter, der Verteufelung aller Andersgläubigen u.a.

**Gegen einen gesetzlichen Mindestlohn für den Bau**

Die Bundesregierung hat am 14. August die Forderung des Bundesrates, einen gesetzlichen Mindestlohn für ausländische Bauarbeiter auf deutschen Baustellen notfalls auch gegen den Willen der Arbeitgeberverbände festzusetzen, abgelehnt. Das Bundesarbeitsministerium unter Blum argumentierte, eine solche Festlegung bedeute den „Einstieg in den gesetzlichen Mindestlohn“ und „würde zu einer von allen Seiten nicht gewünschten Politisierung der Lohnfindung führen“. Mit anderen Worten: Wieviel Lohn ein Arbeiter in der BRD mindestens bekommen muß, soll nicht durch gesellschaftliche Konvention und Festlegung geregelt werden, sondern den Brutalitäten von Angebot und Nachfrage überlassen bleiben.

**Altschulden von Wohnungsgesellschaften bleiben**

Ebenfalls abgelehnt hat das Bundeskabinett am vergangenen Mittwoch einen Antrag des Bundesrates, die Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften von den ihnen künstlich, d.h. per Gesetz, aufgeladenen angeblichen „Altschulden“ etwas zu entlasten. Der Bundesrat hatte gefordert, die Zahlungsverpflichtungen der Ost-Wohnungsgesellschaften erheblich zu senken und bis zum Jahr 2003 vom Betrag her festzuschreiben, um damit den Verkaufsdruck auf die Gesellschaften zu vermindern. Bundesregierung und Länder kritisieren beide die Privatisierung von Wohnungen im Osten als „schleppend“ und wollen diese beschleunigen. Die Bundesregierung will aber im Unterschied zum Bundesrat den Schuldendruck auf die Genossenschaften weitgehend unverändert lassen, für Erleichterungen der Schuldenlast müssen die Genossenschaften und Wohnungsgesellschaften mindestens 15 Prozent ihres Wohnungsbestandes „privatisieren“.

**Was kommt demnächst?**

Am 26.8. berät der Bundestag das „Sparpaket“ der Bundesregierung. Am gleichen Tag beginnt der Vermittlungsausschuß seine Verhandlungen über Teile der im wesentlichen bereits verabschiedeten „Beschleunigungsgesetze“ für Bauvorhaben, die die ohnehin geringen Einspruchsrechte gegen solche Großbauten weiter abbauen. Anfang September endet dann die Sommerpause des Bundestags.

# Casanova und der Bundesfinanzminister

**Von Günter Domkowsky**

Bereits Casanova wußte im Jahr 1757, als er im Dienst von Ludwig XV stand, daß er danach trachten muß, irgend etwas zu finden, was den königlichen Finanzen günstig ist. Nun soll nach fast 250 Jahren nicht behauptet werden, daß der Bundesfinanzminister aus den bayerischen Landen etwas mit dem berühmten Europäer gemein hat. Die Diskussion zur Erhöhung der Mehrwertsteuer und zur „Steuerreform“ im Sommerloch des Bundestages trägt aber dennoch ähnliche Züge.

Der Wahlkampf 1998 wirft seine finanz- und haushaltspolitischen Schatten voraus. Da soll die Diskussion um die Mehrwertsteuererhöhung zu einem Testfall für eine bevorstehende „umfassende Steuerreform“ der Regierungskoalition geführt werden. Die „Falken“ Gunnar Udall von der Union und Herr Solms, blau-gelber Fraktionschef, bringen erneut Vorschläge, um den Bundesfinanzminister zu drängen, nun etwas zu unternehmen und die „Jahrhundertchance“ (gemeint sind Teile der SPD) für eine Steuerreform zu nutzen.

Der „Wirtschaftsweise“ Prof. Rolf Pefferkoven bestätigte, daß der Sachverständigenrat die Politik immer wieder gedrängt hat, die notwendigen steuerpolitischen Schritte endlich einzuleiten. „Der finanzpolitische Druck ist riesengroß geworden“, stellte Pefferkoven fest. Aus seiner neokonservativen Sicht haben aber Steuersenkungen höchste Priorität. Eine Mehrwertsteuererhöhung komme allenfalls ergänzend in Frage. Das sieht aber Herr Solms mit seinen Vorschlägen doch nicht so. Nicht erst 1999, sondern schon ein Jahr früher sollte nach dem Wunsch der F.D.P. die Mehrwertsteuererhöhung kommen.

Unbestritten scheint in der gegenwärtigen Diskussion der Fakt zu sein, daß von einem „Steuersystem“ keine Rede sein kann. Das Chaos ist Steuerrecht ist allgemein vorherrschend. Je nach Klientel-Lage wurden die bisherigen „Steuerreformen“ durchgeführt. Zuletzt 1990 die „Jahrhundertreform“ von Herrn Stoltenberg, die das Bundesverfassungsgericht schon 2 Jahre später in wesentlichen Teilen verwerfen mußte.

Auch in der jetzigen Diskussion wird schon nicht mehr die Frage beantwortet, wer hat von einer Erhöhung der Mehrwertsteuer einen Nutzen oder wer hat die Folgen zu tragen?

Um am Beispiel der Mehrwertsteuer zu bleiben, so werden alle, die konsumieren, also Güter und Leistungen verbrauchen, von der Erhöhung betroffen. Selbst Personen mit keinen oder niedrigen Einkommen werden durch den täglichen Einkauf belastet. Eine Entlastung kann nur bei solchen Personen stattfinden, die eine geringere Einkommenssteuer durch eine eventuelle Steuerreform zu entrichten hätten. Also wird bei jedem in die Tasche gegriffen. Nur bei dem, der schon viel hat, kommt noch mehr dazu. In den alten Bundesländern gab es 1989 nur 106.100 Millionäre, die über ein Gesamtvermögen von 399,469 Milliarden DM verfügten.

Und wer hat den Nutzen von einer Mehrwertsteuererhöhung? Zunächst wachsen die Einnahmen des Staates. Bereits bei der Verteilung dieser zusätzlichen Einkommen streiten sich die „Geister“. Bereits im vergangenen Jahr wurde den Kommunen versprochen, wenn sie einer Streichung der Gewerbesteuer zustimmen, erhalten sie einen

Ausgleich durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. In der diesjährigen Diskussion werden dazu keine Versprechungen gemacht.

Auch Herr Pefferkoven pocht darauf, daß der Sachverständigenrat eine Mehrwertsteuererhöhung nur als „zweitbeste“ Lösung ins Spiel gebracht hat, um eine Ausweitung der Defizite zu verhindern. Absolute Priorität müßten jedoch Steuersenkungen haben. „Keinesfalls lasse sich die Mehrwertsteuererhöhung, wie es in der aktuellen Diskussion bereits geschehe, damit rechtfertigen, daß man eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage politisch nicht stemmen zu können glaube“, so Pefferkoven.

Eine Steuerreform soll also unbedingt zu steuerlichen Entlastungen führen. Politisch wurde durch den Bundeskanzler der Auftrag erteilt, die deutschen Steuersätze auf international akzeptable und die deutsche Wirtschaft belebende Sätze zu senken. Damit ist auch eindeutig gesagt, wem die Mehrwertsteuererhöhung in Verbindung mit einer derartigen Steuerreform von Nutzen ist, dem Großkapital.

Durch Steuergeschenke sind bereits 1989 relative Einnahmerückgänge zu verzeichnen gewesen. Mit den üppigen Förderprogrammen und Sonderabschreibungen in den neuen Bundesländern wurden ab 1990 besonders Unternehmen in den alten Bundesländern unterstützt, die ehemalige DDR-Betriebe übernommen haben. Dennoch wurden durch diese Unternehmen nicht mehr Arbeitsplätze geschaffen. Im Gegenteil – ganze Regionen wurden der notwendigen industriellen Basis beraubt. Damit fehlt für die Kommunen die notwendige Einnahmequelle und letztlich für Bund und Länder die Steuereinnahmen.

Die „leeren Kassen“ des Bundes sind auch der Grund, warum nicht die forschenden Vorschläge des Sachverständigenrats umgesetzt werden können. Bei Umsetzung einer geplanten umfassenden Einkommenssteuerreform mit einem Spitzensteuersatz von nur 35% wären Steuerausfälle von 100 Mrd. DM und mehr zu befürchten. Die Haushaltseinbußen würden sich durch die Reduzierung des Solidaritätszuschlags vergrößern. Allein durch Streichung von Steuervergünstigungen und Subventionen könnte dieses Defizit nicht ausgeglichen werden. Die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage muß her, um die Deckung des Fehlbetrags zu erreichen.

Bleiben erhebliche Zweifel, ob das alles der Senkung der Staatsquote durch Senkung der Steuerquote, insbesondere zugunsten der Großunternehmen, bei Anhebung der Renten- und evtl. Krankenversicherungsbeiträge in 1997 dientlich ist. Angeblich geht es der Bundesregierung um den Wirtschaftsstandort Deutschland. Der Eindruck verstärkt sich, daß Beschäftigung nur im Sinne von Bürokratie und Wachstum im Sinn von Profit gemeint ist.

Im übrigen fiel Casanova nur eine Lotterie und keine zusätzliche Steuer ein. Er wußte offensichtlich, daß höhere Steuern für untere und niedere Einkommensgruppen die bürgerliche Revolution heraufbeschwören könnten.

Günter Domkowsky ist Referent des Arbeitsbereiches Wirtschaft, Haushalt, Finanzen, Umwelt und Verkehr der PDS-Bundestagsgruppe. Aus Platzgründen wurde sein Beitrag geringfügig gekürzt.

# Linke Kandidaturen in Niedersachsen

**Bei den Kommunalwahlen am 15. September tritt die PDS-LL zum Teil allein an, zum Teil im Bündnis mit anderen Linken**

Zur Kommunalwahl in Niedersachsen am 15. September erklärte am 9. August der Landesvorsitzende der PDS/LL, Hans-Henning Adler: Die PDS-LL wird zur Kommunalwahl mit eigenen Listen antreten in den kreisfreien Städten Hannover, Oldenburg, Wilhelmshaven und Delmenhorst, in den Landkreisen Göttingen und Harburg, in den Städten Goslar,

Bramsche, Harsefeld, in Tostedt und im Amt Neuhaus. Außerdem unterstützt die PDS-Linke Liste linke Bündnis-Kandidaturen in den Städten Braunschweig, Göttingen, Emden und Nordenham. In Hannover und Oldenburg bestehen Zählgemeinschaften mit örtlichen linken Gruppen, in Tostedt mit einem Einzelkandidaten. (aus: PDS-Pressedienst)

## Hannover

### Für konkrete Demokratie – für ein menschenwürdiges Leben

Unter diesem Titel tritt der PDS/Linke Liste Kreisverband Hannover zur Kommunalwahl am 15. September an. Ein Programm mit 21 Politikfeldern zur Kommunalpolitik liegt vor, auf Plakaten wird gegen die anstehenden Fahrpreiserhöhungen und gegen die EXPO 2000 Stellung genommen.

Die PDS/Linke Liste ist in Zählgemeinschaft mit der Linken Internationalen Liste, in der Mitglieder der DKP, kurdische, türkische, griechische und spanische Linke zur Wahl antreten. Insgesamt gibt es 64 sozialistische Kandidatinnen und Kandidaten in Hannover. In einer Zählgemeinschaft werden die Stimmen beider Parteien oder Wählervereinigungen zusammen gezählt. Ein Mandat fällt an diejenige Partei oder Wählergemeinschaft mit den meisten Stimmen.

Auf der äußersten Rechten kandidieren die im Rat vertretenen Republikaner und die WfH-Wählergemeinschaft. Wir

dokumentieren aus der Einleitung des Wahlprogramms der PDS-LL Hannover. Das ganze Programm ist erhältlich über: PDS/LL, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel.: 0511 / 44 40 19 (gka)

#### Veränderung beginnt mit Opposition – warum wir kandidieren

Es ist klar, daß die sozialen und ökologischen Probleme auf kommunaler Ebene allein nicht lösbar sind. Wenn wir, die PDS/Linke Liste, nun erstmals zu den Kommunalwahlen in Hannover antreten, so deshalb, weil wir meinen, daß gerade angesichts der Auswirkungen der EXPO eine demokratische und sozialistische Kraft in den Rat gehört, die gemeinsam mit ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen, den von Wohnungsnot, Sozialabbau und Ausbildungsmisere Betroffenen für deren Interessen eintritt, die Mächenschaften von einflußreichen Geschäftsleuten, Grundstücksspekulanten und Bürokraten aufdeckt, Entscheidungsprozesse im Rat transparent macht und gegen die Übermacht der Verwaltung den Einfluß der demokratischen Öffentlichkeit zur Geltung bringt, mit außerparlamentarischen Bewegungen verbunden ist und deren Anliegen in politische Initiativen innerhalb und außerhalb des Rats einbringen kann, ökologische Politik und internationale Solidarität nicht nur als Lippenbekenntnisse, sondern als verbindlichen politischen

Auftrag versteht. „Veränderung beginnt mit Opposition“ heißt für uns konkret: Nur Bewegung im außerparlamentarischen Bereich, nur Druck von unten kann letztendlich zu politischen Veränderungen führen. (...)

#### Gegen Zentralismus – für „Demokratie von unten“

Die PDS/Linke Liste versteht sich als politische Kraft, die gegen Tendenzen der politischen und ökonomischen Entzerrung von Kommunen arbeitet. Gegen die finanzielle Aushöhlung der kommunalen Autonomie, gegen die Auslieferung politischer Entscheidungen an Konzernvorstände und EXPO-Bürokraten setzen wir ein politisches Selbstverständnis, das die Kommunalpolitik als notwendiges Gegengewicht zu zentralistischen Entscheidungsstrukturen und ökonomischen „Sachzwängen“, hinter denen sich nur allzuoft Kapitalinteressen verbergen, versteht. Auch wenn dies heute utopisch erscheinen mag: Es geht darum, die Kommunen als Kerne von überschaubaren Regionen zu begreifen, in denen regionale Wirtschaftskreisläufe geschaffen und politische Entscheidungs- und Kontrollmechanismen von „unten“ aufgebaut werden können. Deshalb wollen wir uns auf kommunaler Ebene engagieren, auch kleine Handlungsspielräume nutzen und gleichzeitig die uns gesetzten Grenzen aufzeigen und angreifen. (...)



#### Für ein demokratisches EinwohnerInnenwahlrecht

Es ist ein politischer Skandal, daß aufgrund des noch aus der wilhelminischen Kaiserzeit stammenden „Blut-und-Boden-Staatsbürgerrechts“ nach wie vor nicht alle ausländischen Mitbürgerinnen und -mitbürger wahlberechtigt sind. Das erstmals bei dieser Kommunalwahl geltende Wahlrecht für EinwohnerInnen aus EU-Staaten ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch nicht ausreichend. Wir fordern das Wahlrecht für alle hier lebenden MigrantInnen und gleiche demokratische Rechte für alle in Hannover lebenden BürgerInnen.

#### Für die gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Linkskräfte

(...) Wir sind, ohne unser eigenes politische Profil als PDS hintanzustellen, offen für die Zusammenarbeit mit allen linken Kräften.

Dies dokumentieren wir zum einen dadurch, daß wir mit einer für Nichtparteimitglieder offenen Liste zur Kommunalwahl antreten, zum andern durch die Zählgemeinschaft mit der „Linken Internationalen Liste“ (...)

## Braunschweig

### „Der Zeit die Stirn bieten – sonst kostet es den Kopf“

Unter diesem Motto tritt das „Wahlbündnis Linke Liste Braunschweig“ erneut zur Kommunalwahl 96 an. Das Bündnis errang 1991 mit 1% der abgegebenen Stimmen (3.600) ein Mandat im Rat der Stadt. Damit war erstmals seit dem Verbot der KPD (1956) eine sozialistische Kandidatur in Braunschweig in diesem Sinne erfolgreich.

Zu den Stadtratswahlen kandidiert die „Linke Liste“ mit 16 Kandidatinnen und Kandidaten in 8 Wahlkreisen der Stadt, ferner in zwei Stadtbezirken mit sieben Kandidaten zu den Bezirksratswahlen. Die „Linke Liste Braunschweig“ hatte sich 1990 als selbständige Mitgliederorganisation aus Bündnissen kommunaler, linker Opposition gebildet. In ihr waren und sind Menschen vertreten aus der damaligen Wirtschafts-AG der Grünen und der damaligen Demokratischen Sozialisten, Mitglieder der DKP, der PDS und des BWK (heute AG BWK bei der PDS) und nicht parteiorientierter Sozialistinnen und Sozialisten. Heute sympathisieren viele Mitglieder mit der PDS, aber es war auch eine bewußte Entscheidung, wei-

terhin als unabhängige örtliche Vereinigung zu kandidieren, eben als authentisches Bündnis der linken Opposition in Braunschweig. Der PDS-Kreisverband Braunschweig unterstützt aktiv die Kandidatur der „Linken Liste“ auch durch eigene Aktivitäten, fünf Mitglieder kandidieren. Ferner unterstützt der Magdeburger PDS-Stadtverband die Kandidatur. Ausdruck dieser lokalen Bündnisorientierung ist auch die Tatsache, daß erstmals Menschen ausländischer Nationalität sowie aus der VVN, den „Naturfreunden“ bis hin zu engagierten Tierschützern für die linke Bündnisliste kandidieren. Auch gehören Betriebsräte und IG Metall-Vertrauensleute bei VW und anderen Metallbetrieben sowie ehrenamtliche Funktionäre anderer DGB-Gewerkschaften dazu. Durch diese lokale Bündnispolitik erfreut sich die Linke Liste auch zahlreicher Spenden, die ihre Mitgliedsbeiträge weit überschreiten und sie auch finanziell unabhängig machen.

Inhaltlich verbindet die Linke Liste grundsätzliche Kritik am Profitsystem, an Rassismus und Faschismus, an der Staatsorganisation mit konkreten Alternativen zum Wohnungsbau, zur Kindertagesstättenversorgung, zur Finanzausstattung der Kommunen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und kritisiert die Bereitschaft der herrschenden Parteien im Rat (CDU, SPD, FDP), alle sozialen Bedürfnisse dem „Geschäftsinteresse“ unterzuordnen.

(Hans Georg Hartwig, Ratsmitglied für die Linke Liste Braunschweig und Mitglied der PDS und ihrer „AG BWK“)

## Goslar

### Harzwasser darf nicht zur Profitquelle werden

Ein Schwerpunkt des Kommunalwahlkampfes der PDS-Linke Liste in Goslar – sechs Personen kandidieren auf einer offenen Liste in vier Wahlbereichen zu den Stadtratswahlen am 15. September – ist die Unterstützung des Volksbegehrens gegen die Absicht der niedersächsischen Landesregierung, die Harzwasserwerke (HWW) des Landes Niedersachsen zu verkaufen.

Wir unterstützen die Sammlung von Unterschriften für das Volksbegehren gegen den Verkauf der Harzwasserwerke, das u.a. von der Bürgerinitiative für den Erhalt der Oberharzer Wasserwirtschaft, dem Hauptpersonalrat der HWW sowie Bürgermeister einiger Harzer Kommunen initiiert wurde. 70.000 Unterschriften werden benötigt. Die PDS-Linke Liste fordert die Landtagsabgeordneten aus dem Landkreis Goslar unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit und gegen alle Fraktionszwänge auf, einen solchen Ausverkauf zu verhindern.

Mit einem Trick will sich die Landesregierung das Vermögen der Harzwasserwerke aneignen, obwohl in der Satzung festgeschrieben war, daß bei Auf-

lösung das Vermögen gemeinnützigen Zwecken zuzuführen ist. (...) Das Land will dann das Vermögen verkaufen, das die Wasserkunden über den Wasserpreis bereits bezahlt haben.

Die Harzwasserwerke beliefern zahlreiche Städte im norddeutschen Raum aus ihren Talsperren mit Frischwasser, u.a. Göttingen, Bremen, Wolfsburg usw. Sie pflegen das Oberharzer Wasserregal, das als Teil des Oberharzer Bergbaus zum großen Teil unter Denkmalschutz steht. Die HWW mit ihren 252 Beschäftigten arbeiten mehr als kostendeckend. Eine Privatisierung würde dazu führen, daß das lebenswichtige Gebrauchsgut Wasser einem profitorientierten Wirtschaften unterworfen würde. Als Folgen wären auf längere Sicht eine weitere Erhöhung der Frischwasserpreise sowie die Vernachlässigung der Aufgaben Hochwasserschutz und Niedrigwasseraufhöhung zu befürchten. (...)

Die PDS-Linke Liste hält es für mehr als fragwürdig, zur kurzfristigen Deckung von Haushaltslücken mit den Verkaufseinnahmen von ca. 300 Millionen DM langfristig die Versorgung der Bevölkerung mit Frischwasser durch ein dann mögliches Preisdiktat von Spekulanten zu gefährden. (...) Den beabsichtigten Verkauf an ein Konsortium unter Beteiligung des Atomenergiekonzerns Preußen-Elektra lehnen wir entschieden ab. (...) Auch der niedersächsische Städtetag forderte die Landesregierung im März 1996 erneut auf, die Harzwasserwerke nicht zu privatisieren.

(Michael Ohse, Kandidat der PDS-Linken Liste in Goslar)



Das auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges am 17. August 1956 durch das Bundesverfassungsgericht erlassene Verbotsurteil gegen die Kommunistische Partei Deutschlands prägte und prägt auf vielfältige Weise die politische Kultur und das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Unmittelbar auf seiner Grundlage kam es in der zweiten Hälfte der 50er Jahre bis zum Gesetz über Straffreiheit vom 9. Juli 1968 zu einer politischen Strafjustiz als Massenerscheinung mit über 200.000 Ermittlungsverfahren und rund 8.000 Inhaftierungen und Haftstrafen. Etwa 90 Prozent aller Verurteilungen erfolgten damals wegen Fortsetzung der Tätigkeit der verbotenen KPD. Nicht nur Organisationen, in denen Kommunisten tätig waren, wie der Demokratische Frauenbund, die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft und der Kulturbund, sondern auch Wählergemeinschaften, in deren Rahmen Kommunisten kandidierten, wurden in den einzelnen Bundesländern verboten. Der „Bundesverfassungsschutz“ entwickelte sich zur ideologischen Zentrale, der es oblag, linke Organisationen und Parteien (wie die ADF und die DFU) nicht nur zu beobachten, sondern auch hinsichtlich ihrer Haltung zur Verfassung zu bewerten. Der Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit rückte die betreffenden Organisationen in eine Grauzone der Halblegalität, der Anrüchigkeit, eine Methode, die bis heute praktiziert wird.

Aus rechtspolitischer Sicht sehe ich angesichts der verheerenden Folgewirkungen des KPD-Verbotsurteils drei Aufgaben: einmal die Abschaffung des Systems einer exekutivischen Verunglimpfung demokratischer Parteien und Organisationen, zum anderen die Beseitigung der Gefahr, daß das KPD-Verbotsurteil bei Bedarf von den Regierenden wieder (im Sinne seiner Handhabung bis 1968) aktiviert wird und schließlich die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer des Kalten Krieges.

Nach Artikel 21 Abs. 2 des Grundgesetzes prüft das Bundesverfassungsgericht (auf Antrag der Bundesregierung) Parteien auf ihre Verfassungsmäßigkeit (ob sie „nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gefährden“). Nach der Praxis, die sich im Gefolge des KPD-Verbotsurteils entwickelt hat, wird diese Kompetenz grundgesetzwidrig durch Exekutivbehörden, insbesondere den Verfassungsschutz, wahrgenommen. Gerade auch der „Verfassungsschutzbericht 1995“ macht deutlich, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz die Rolle einer Art höchsten Denunziationsgewalt gegenüber Parteien, Organisationen und selbst Abgeordneten ausübt. Insofern war das KPD-Verbotsurteil der Einstieg in den Überwachungsstaat und in eine nach links beschränkte Demokratie. Eine Behörde, die dem Bundesminister des Innern untersteht, spielt den Beobachter und Richter über die Verfassungsmäßigkeit des politischen Handelns und Meinens in der Bundesrepublik, indem es un widersprochen jeder Organisation und jedem Bürger das Etikett der Verfassungsfeindlichkeit anzuheften vermag. Diese sich ungebrochen auch im vereinigten Deutschland fortsetzende Art und Weise juristischer und politischer Diskriminierung ist in keiner anderen parlamentarischen Demokratie üblich.

Der Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit wird von den tragenden, als unantastbar erklärten Grundsätzen des Arti-



## Rechtspolitische Aufgaben nach 40 Jahren KPD-Verbot

Von Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer

kels 79 Abs. 3 GG abgekoppelt (also von dem „Verhalten“ gegenüber der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“). Das Bundesamt für Verfassungsschutz führt in seinen Berichten nicht etwa den Nachweis, daß die von ihm als „verfassungsfeindlich“ oder „linksextremistisch“ charakterisierten Parteien und Organisationen gegen diese Grundsätze (Wahrung der Menschenrechte, Volkssouveränität, Parlamentarismus, Recht auf Opposition, Gewaltenteilung u.a.m.) verstoßen, sondern es unterstellt dies. (...)

Die politische Auseinandersetzung mit diesen Praktiken ist wichtig, aber es gilt überhaupt, dieses von der Exekutive beherrschte System der Diskriminierung zu beseitigen. Dazu gehört nicht nur die Forderung nach Streichung des § 16 Bundesverfassungsschutzgesetzes als gesetzliche Grundlage dieser Berichte, sondern auch die Forderung nach Auflösung der als Verfassungsschutz getarnten Denunziationsbehörden.

Ein spezifisches Problem ist die mögliche Reaktivierung des KPD-Urteils in Krisenzeiten. Seitens rechtskonservativer Politiker und Verfassungsrechtler wird immer wieder betont, daß sie für eine „konsequente“ Durchsetzung dieses Urteils eintreten bzw. dafür, daß bei einer Verschärfung der politischen Auseinandersetzung eine Rückkehr zu den Methoden der ersten 12 Jahre nach dem Verbot erfolgt. Zu dieser Richtung gehört die Bayerische Staatsregierung und maßgebende Politiker der CSU, aber auch CDU-Politiker wie der ehemalige Thüringer Justizminister Hans-Joachim Jentsch. Unter den Verfassungsrechtlern steht dafür der nach dem „Asyl-Urteil“ vom Bundesverfassungsgericht wieder an die Göttinger Universität zurückgekehrte Hans Hugo Klein. Klein war über 14 Jahre lang im 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts Berichterstatter für Verfassungstreue, Staatsschutz, öffentlicher Dienst u.a.m. Bevor er auf Wunsch der CDU/CSU mit Zustimmung der SPD dieses Sachgebiet übernahm, kennzeichnete er 1979 in einem Grundsatzreferat vor der Vereinigung Deutscher Staatsrechtler „Verfassungstreue und Schutz der Verfassung“ das Verbot als eine Art Staatsgrundsatz: „Wenn Worte etwas bedeuten, 'sind' verfassungsfeindliche Vereinigungen und Ersatzorganisationen kraft (Verfassungs-) Gesetz verboten (Art. 9 Abs. 2 G). Was aber verboten ist, darf – von ausdrücklich zugelassenen Ausnahmen abgesehen – nicht geduldet werden, wenn anders die normative Kraft der Rechtsordnung und damit diese selbst nicht zum Gespött werden soll. Nach alledem ist die Praxis des Verfassungs- und Rechtsungehorsams, die seit der mit der Geburtshil-

fe der damaligen Bundesregierung vollzogenen 'Wiederzulassung' der KPD in diesem Bereich geübt wird, ein permanentes Skandalon unseres Rechtsstaates“ (VVDStRL, Bd. 37, S. 79f.).

Es ist durchaus nicht konträr zu dieser Linie, wenn sich kein Geringerer als der jetzige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hansjörg Geiger, auf einer Anhörung der CDU/CSU-Fraktion am 26. Februar 1996 dahingehend äußerte, es sei eine „politische Frage“, ob die PDS tatsächlich verboten werde. Die Verfechter einer strikten Vollstreckung des KPD-Verbotsurteils wollen zumindest die erneute Exekution des Urteils als Möglichkeit offen halten.

Erneut eingebracht in den Bundestag hat die PDS-Bundestagsgruppe am 23. Juli 1995 den „Entwurf eines Gesetzes zur Behebung und Wiedergutmachung von politischen Ungerechtigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland“. Mit diesem Gesetzentwurf verlangen wir gerade auch Gerechtigkeit gegenüber den Opfern des Kalten Krieges in den 50er und 60er Jahren.

Im August 1988 – also mehr als ein Jahr vor der Wende in der DDR – konstituierte sich die Initiativegruppe zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges in Westdeutschland, deren Erwartungen wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf weitgehend Rechnung tragen. In einem Antwortschreiben des damaligen Bundesjustizministers Dr. Klaus Kinkel vom 1. Juli 1991 an diese Initiativegruppe räumte dieser immerhin ein, daß es „Ungerechtigkeiten im Bereich des Staatsschutzstrafrechts“ gegeben habe. Allerdings meinte er, diese Ungerechtigkeiten seien 1968 „soweit möglich“ geheilt worden. Und genau das ist nicht richtig. Es gibt keine Rehabilitierung und Entschädigung für diese „Ungerechtigkeiten“. Die Haftzeiten werden nicht als Rentenausfallzeiten anerkannt. Widerstandskämpfern aus der Nazizeit werden nach wie vor Entschädigungszahlungen vorenthalten.

Ein erstes Hindernis, das eine Wiedergutmachung der Ungerechtigkeiten im Bereich des politischen Strafrechts der alten Bundesrepublik so schwierig macht, ist das Nichtwissen um diese Vorgänge. Zum Teil kann man sicher auch von einer Art Verdrängung sprechen.

Der von Thomas Dehler (damals Justizminister) bei der Begründung des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes 1951 formulierte Grundsatz, man solle an den Ernst der Zeit denken und sich dessen bewußt sein, daß man „kein übertriebenes Maß an Ängstlichkeit bei der Fixierung strafbarer Tatbestände“ anlegen dürfe (1. Deutscher Bundestag, S. 6308), hatte eine verheerende Folge: nämlich

Im „Verfassungsschutzbericht '95“ des Bundesinnenministeriums als „größte linksextremistisch beeinflusste Organisation“ verunglimpft: Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten“ Bild: ebenda, S. 55

die, daß die Wahrnehmung von Grundrechten zum strafrechtlichen Delikt wurde, wenn der Betreffende ein Kommunist war oder den staatlich verordneten Antikommunismus nicht mitmachte. Dies zeigte sich im vollen Umfang nach dem KPD-Verbotsurteil. (...)

Eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern mußten ins Gefängnis, weil sie als Kommunisten entweder als unabhängige Kandidaten oder im Rahmen einer Wählergemeinschaft kandidiert hatten. Das war eine Praxis, die es selbst unter Bismarcks Sozialistengesetz nicht gegeben hatte. So wurde z.B. eine Düsseldorfer Ärztin, die während der Nazizeit im Zuchthaus saß, nach 1945 Ratsherrin war und später nach dem Verbot der KPD als unabhängige Kandidatin kandidierte, allein für diese Kandidatur nicht nur zu einer Haftstrafe verurteilt, sie mußte auch die bis dahin erhaltene KZ-Rente in Höhe von etwa 27.000 DM zurückzahlen.

Ein zweites Hindernis, das unserem Anliegen einer Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer des Kalten Krieges in der alten Bundesrepublik entgegensteht, ist das gerade im Bereich der Politik fortwirkende Denken in den Feindbilder Kategorien des Kalten Krieges.

In der rechtswissenschaftlichen Literatur wie auch in den Medien wird längst anerkannt, daß die politische Strafverfolgung der 50er und 60er Jahre in der Bundesrepublik ein dunkles Kapitel in der deutschen Rechtsgeschichte war, das die Konsequenzen Anlaß bietet. (...)

Darum ist es nicht gut bestellt, wenn z.B. ein CDU-Abgeordneter im letzten Bundestag auf einen Brief der „Initiativgruppe“, in dem auf tausende Verurteilungen von Frauen und Männern zu langjährigen Gefängnisstrafen hingewiesen wird, antwortet: mir ein „solches Schreiben zu schicken, ist nicht nur eine Provokation, sondern von der Grenze zur persönlichen Beleidigung nicht mehr weit entfernt.“

Die Initiativegruppe zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges hat in ihrer Lüneburger Erklärung auch die Aufhebung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956 gefordert. Die Bundesministerin der Justiz, Dr. Sabine Leutheuser-Schwarzenberger, ließ darauf am 22. April 1993 antworten: Eine solche Möglichkeit sei weder im Grundgesetz noch über das Bundesverfassungsgesetz vorgesehen. „Eine solche Aufhebungsmöglichkeit erscheint auch nicht sachgerecht, weil es den (ehemaligen) Mitgliedern der seinerzeit als verfassungswidrig festgestellten Partei – und um eine behauptete Diskriminierung dieser Mitglieder geht es Ihnen – freigestellt ist, eine neue Partei mit einer verfassungsmäßigen Zielsetzung zu gründen. Insofern ist diese Möglichkeit der Neugründung einer Partei das angemessene Mittel, das durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochene endgültige und nicht mehr aufhebbare Parteiverbot zu rechtfertigen; einer Aufhebung der Verbotsentscheidung bedarf es nicht.“

Die Realität der ständigen Diskriminierung sowohl von DKP als auch von PDS als „verfassungsfeindlich“ lassen diese Antwort als Legende erscheinen. Angesichts der aktuellen „Deformations- und Vergiftungswirkungen auf das Verfassungsleben“ (so RA Hans E. Schmitt-Lermann) wie auch der Drohung mit der Wiederherstellung der „normativen Kraft der Rechtsordnung“ wird die Linke auch die Forderung nach Beseitigung des Verbotsurteils selbst erheben müssen.

Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer ist rechtspolitischer Sprecher der PDS-Bundestagsgruppe. Aus Platzgründen wurde sein Beitrag von der Redaktion geringfügig gekürzt.

# Die USA und die Bundesrepublik sind sich einig

**Kroatien wird zielstrebig als Regionalmacht des Balkans ausgebaut**

Der kroatische Präsident Tudjman, beschrieb jüngst auf einer Sondersitzung des Präsidialrates, der sich mit außenpolitischen Fragen beschäftigte, die Rolle Kroatiens auf dem Balkan. Tudjman führte aus, daß Kroatien nach seiner Loslösung von Jugoslawien zu einer Regionalmacht wurde, und seine militärischen Siege gegen die Serben entscheidend für den Abschluß des Daytoner Abkommens waren.

Diese besondere Position Kroatiens auf dem Balkan, ist im wesentlichen Ergebnis einer massiven Unterstützung Kroatiens durch die BRD und die USA. Deren Ziel ist es, eine Vormachtstellung der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) zu verhindern. Zu diesem Zweck wurde vier Jahre lang die BRJ mit einem umfassenden Wirtschaftsembargo belegt. Das wirkte.

Nur schwer erholte sich der Bund aus den Staaten Serbiens und Montenegro von dem Embargo. Milosevic wurde sogar soweit gebracht, die Gebietsansprüche Kroatiens auf Ostslawonien anzuerkennen. Nach Ostslawonien, das noch unter UN-Aufsicht steht, flüchteten viele Serben aus der Krajina, als diese durch kroatische Truppen überrollt wurden.

Mit ca. 170000 Flüchtlingen das größten Vertreibungsverbrechen im Balkankrieg. Die Republik Serbien hat in diesem Krieg den größten Anteil an Flüchtlingen aufgenommen und im wesentlichen aus den eigenen Ressourcen während der internationalen Blockade versorgt. Die internationalen Gelder

flossen woanders hin: Nach Kroatien. Bonn ist dabei der Hauptfinanzier Zagrebs. Von den 1,5 Milliarden Mark Direktinvestitionen, die in nur zwei Jahren zwischen 1992 und 1994 nach Kroatien flossen, kamen 35 % aus der BRD, gefolgt von Österreich mit 13 %. Hinzu kamen die Transferzahlungen kroatischer Arbeitsimmigranten in der BRD und Überweisungen aus der BRD-Rentenkasse an ehemalige Gastarbeiter.

Beim Handel liegt die BRD mit etwa 20 % des Ex- und Importes an der Spitze, gefolgt von Italien, das sich bei dem Versuch der Einflußnahme auf Kroatien mit der BRD einen ökonomischen und politischen Streit liefert.

Unmittelbar im Vorfeld des kroatischen Feldzuges gegen die Krajiner-Serben schloß die Zagreber Regierung mit der BRD ein Abkommen über die Zahlung von 20 Millionen DM, zum Bau von Wohnungen wie Tudjman ungeniert versicherte.

Mit den USA hat Kroatien Ende Juli den Bau von zwei Kraftwerken vereinbart. In einem weiteren trilateralen Wirtschaftsabkommen zwischen Kroatien, USA und Bosnien wurde der Bau der wichtigen Autobahnverbindungen Zagreb-Bihac-Ploce-Dubrovnik beschlossen. Wichtiger ist aber noch die amerikanische Hilfe für den Ausbau des Handelshafens Ploce. Über diesen Hafen, der in Kroatien liegt, läuft fast der gesamte Warenverkehr nach Bosnien. Kroatien kassiert dabei zum einen, über den nun anlaufenden großen Handelsumsatz, zum anderen ist die Kontrolle

über den Hafen ein gutes Druckmittel gegen eine eventuelle störrische bosnische Regierung.

Neben der ökonomischen Stärkung Kroatiens wird gezielt daran gearbeitet, Kroatien militärisch zur führenden Macht der Region zu entwickeln. Hierbei bedient man sich, wie es bei wirklichen Kapitalisten ziemt, einer Privatfirma. Vor einem Jahr schloß das kroatische Verteidigungsministerium mit der Privatfirma „Military Professional Resources Incorporated“ (MPRI) einen entsprechenden Vertrag.

„Durch den Beschluß, Bestandteil der demokratischen Staatengemeinschaft zu werden, leitete Kroatien Veränderungen in Bezug auf das vorige Organisationsmodell Belgrad-Moskau und übernahm das Modell mit demokratischen Grundlagen und Prinzipien“, so heißt es in einer von MPRI nach Vertragschluß herausgegebenen Pressemitteilung.

MPRI ist ein illustres Unternehmen, das auf seiner Gehaltsliste führende ehemalige Generäle der US-Armee führt. Präsident der Firma ist der pensionierte General Frederick Creusen. U.a. Kommandant der 82. Luftbrigade, Befehlshaber der Bodestreitkräfte der USA und Mitglied des vereinten Generalstabes. Das Mitglied des Verwaltungsrates von MPRI Huntington Hardisty, war zweiter Mann der amerikanischen Kriegsflotte im Pazifik.

Einsätze dieser Firma werden in zwei Bereiche unterteilt: Verteidigung und internationale Operationen. MPRI bie-

tet seinen Vertragspartnern Anschluß an wichtige amerikanische Militäreinrichtungen an. Kroatische Militärs oder auch Zivilisten können so an allen möglichen Ausbildungseinrichtungen der amerikanischen Armee Kurse belegen. Kroatien nutzt so auch offiziell Dienstleistungen im Rahmen des Programms „Demokratisierung der Armeen der Ostländer“ Im Rahmen dieses Programms erhält das kroatische Heer über MPRI unmittelbare Militärhilfe.

Das scheint aber nicht die einzige Aufgabe von MPRI zu sein. Man vermutet auch, daß es sich bei der Firma auch um eine Tarnorganisation von CIA und DIA (dem militärischen Nachrichtendienst der USA) handelt. Offiziell wurde nur einmal erwähnt, daß die CIA in Kroatien tätig ist. Eine kroatische Zeitung enthüllte, daß auf der Insel Brac ein Stützpunkt für pilotlose Flugzeuge eingerichtet wurde. Nach diesen Enthüllungen wurde der Stützpunkt aufgelöst und nach Angaben der Zeitung nach Albanien verlegt.

Aber es gibt noch einen viel deutlicheren Hinweis auf die Verknüpfung CIA/DIA- MPRI.

Vizepräsident von MPRI ist der ehemalige General Edward Sowister. Dieser wurde 1982 zum stellvertretenden Kommandanten des Nachrichtendienstes des amerikanischen Heeres bestellt und wurde Ende 1988 Direktor der DIA. Ende 1991 wurde er im Generalsrang pensioniert und ist seit diesem Zeitpunkt bei der MPRI tätig.

hav

**A**m 11. August kam eine Demonstration von rund 7.000 überwiegend zyprischen Motorradfahrern auf einer „Freiheitsrally“ an die türkisch-zyprische Grenze. Eine Woche zuvor waren 120 Motorradfahrer in Berlin gestartet, auf ihrem Weg nach und durch Griechenland wuchs die Demonstration auf über 1.000 Fahrer an. Diese fuhrten dann von Piräus auf einer Fähre nach Zypern.

Bei dem Versuch, über die Grenze zur Hafenstadt Kyrenia, 21 Kilometer nördlich der geteilten Hauptstadt Nikosia gelegen, zu gelangen, kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit türkischen-zyprischen Soldaten, türkischen Besatzungstruppen sowie Faschisten von den Grauen Wölfen. Das Fernsehen dokumentierte, wie türkische Faschisten mit Eisenstangen auf einen Demonstranten einschlugen und dann dem bewußtlosen Mann mit einem Stein den Schädel zertrümmerten. Weitere drei Zyprioten wurden bis zur Bewußtlosigkeit von türkischen Soldaten zusammengeschlagen. Bei dem Übertritt der Demarkationslinie des geteilten Zyperns begannen türkische Soldaten mit Gummigeschossen auf die Menschenmenge zu feuern. Drei Tage später, nach der Beerdigungsfeier für den Getöteten, kam es zu einer erneuten Demonstration, in dem Verlauf ein Cousin des Getöteten eine türkische Fahne von einem Masten runterholen wollte. Er wurde von einem türkischen Offizier mit drei gezielten Pistolenschüssen auf Kopf und Bauch getötet. Zwei UN-Blauhelmsoldaten wurden durch Schüsse türkischer Soldaten verletzt.

Die Motoraddemonstration hatte zum Ziel, auf die seit 22 Jahren andauernde Besetzung Nordzyperns durch die türkische Armee aufmerksam zu machen.

Am 20. Juli 1974 begann die türkische Invasionsarmee die Besetzung Nordzyperns bei Kyrenia. Die damalige zyprische Regierung unter Ecevit (CHP) und Erbakan (MSP) wollte damit einen drohenden Anschluß Zyperns an Griechenland verhindern, was die griechische Junta beabsichtigte. Dafür hatte

sche Minderheit lieferten der türkischen Regierung einen willkommenen Vorwand für ihren Einmarsch auf Zypern. Besonders in den ersten Tagen nach der Invasion kam es zu Massakern an der griechisch-zyprischen Bevölkerung. Diese sollte zur Flucht aus den türkisch besetzten Gebieten gezwun-

## Zwei Zyprioten wurden bei Protesten gegen die türkische Besetzung Nordzyperns getötet

sie die Unterstützung der USA, die die damalige Neutralitätspolitik der zyprischen Regierung so zu beenden trachtete.

Auf Zypern hatten rechte - teilweise griechische - Offiziere versucht, mit Hilfe der damaligen griechischen Militärjunta in einem Putsch am 15. Juli 1974 den Staatspräsidenten Makarios III. zu stürzen und den rechten Nikos Sampson an die Macht zu bringen. Dies war eine ungeheure Provokation, hatte Sampson 1963 doch Pogromstimmung gegen die türkische Minderheit auf Zypern (18 Prozent der Bevölkerung) geschürt.

Der drohende Anschluß an Griechenland und die Gefahr angeblicher neuer Pogrome gegen die türkisch-zyprische

gen werden. Als am 14. August das türkische Militär nochmals mit einer Armee verstärkt wurde, flohen 200.000 Menschen aus dem Besatzungsgebiet in den Süden der Insel. Das waren etwa ein Drittel der Bevölkerung Zyperns.

Obwohl der Putsch keine acht Tage anhielt, Makarios nach Zypern zurückkehrte und die griechische Militärjunta am 23. Juli zurücktreten mußte, blieb das türkische Militär. Es festigte die Besetzung Nordzyperns und trennte 40 Prozent des Landes ab. Auf diesem Gebiet waren 70 Prozent der Industrieanlagen Zyperns und 59 Prozent der Viehzuchtbetriebe.

Die Demarkationslinie zwischen Nordzypern und der Republik Zypern wurde von UN-Soldaten besetzt. Wie-

derholt forderte die UN die Türkei auf, die Besetzung zu beenden. Bis heute sind aber 35.000 türkische Besatzungssoldaten auf der Insel stationiert. Zum Präsidenten Nordzyperns wurde Rauf Denktasch ausgerufen, der am 13. Februar gegen alle internationalen Proteste einseitig den „Türkischen Bundesstaat von Zypern“ proklamierte. Denktasch führte in den fünfziger Jahren die rechtsnationalistische TMT. Deren Ziel war die Teilung Zyperns. Sie ermordete u.a. türkische Linke, die sich an dem Befreiungskampf der zyprischen EOAK gegen die englische Kolonialmacht in den fünfziger Jahren beteiligten bzw. eine Trennung des Landes in einen griechischen und einen zyprischen Teil ablehnten. 1983 verkündete Denktasch die Gründung der „Türkischen Republik Nordzypern“, die nur von der Türkei diplomatisch anerkannt wurde. Der Haushalt Nordzyperns wird zu einem Drittel von der Türkei finanziert.

Als Reaktion auf die Besetzung Nordzyperns stoppte die USA besonders militärische Hilfsprogramme. Daraufhin schloß die türkische Regierung fast sämtliche US-Stützpunkte in der Türkei. Wirtschaftshilfe und Kredite sowie Waffenlieferungen an die Türkei gingen derzeit zum Großteil auf die Bundesrepublik über. 1978 begannen die US-Waffenfirmen wieder an die Türkei auszuliefern.

Direkt nach den jetzigen Vorfällen bestellte die türkische Außenministerin Tansu Ciller die Botschafter der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats in Ankara ein. Sie verurteilte die „provokativen Aktionen“ und erklärte, daß jeder Versuch einer Grenzüberschreitung militärisch zurückgeschlagen wurde.

rub



*Der Hungerstreik der politischen Gefangenen in der Türkei war außerordentlich opferreich, aber er scheint mit einem Erfolg gegen das Regime geendet zu haben. Wie beurteilst du die Entwicklungen während des Hungerstreiks und seinen Ausgang? Hat das Regime eine ernste Niederlage erlitten? Oder sind die jetzigen Erklärungen und Zusagen wieder nur Propaganda zur Beruhigung der europäischen Öffentlichkeit?*

**Felemez Basboga:** Der Hungerstreik war ein Erfolg, er war aber auch opferreich. Wenn man diesen Hungerstreik beurteilen will, muß man auch einen Blick auf die Vergangenheit der Türkei werfen. Der erste Hungerstreik politischer Gefangener nach dem Militärputsch 1980 fand kurz nach dem Putsch in Diyarbakir durch kurdische Genossen statt. Später schlossen sich im Westteil der Türkei auch türkische Gefangene an. Dabei kamen elf Hungerstreikende um das Leben. Die Hungerstreikenden wollten schon damals mit ihrer Aktion das barbarische Verhalten der türkischen Regierung gegenüber den Gefangenen angreifen und sich gegen die Folterungen wehren. Die Forderungen der Gefangenen waren damals im wesentlichen die gleichen wie bei dem jetzigen Hungerstreik: Protest gegen die Schikanen gegenüber Angehörigen, keine Rechtsanwälte, Folterungen und unmenschliche Behandlung in den Gefängnissen, gegen die ständigen Folterungen, die in den türkischen Gefängnissen gang und gäbe waren usw.

Der jetzige Hungerstreik endete mit

# Welchen Kurs verfolgt die neue türkische Regierung?

## Fragen an Felemez Basboga, Mitglied im Exekutivausschuß des Kurdischen Exilparlaments

einer großen Niederlage für den türkischen Staat, auch wenn es 12 Tote gegeben hat. Sein Ausgang war eine Niederlage für den türkischen Staat, sowohl gegenüber den Gefangenen wie gegenüber der Öffentlichkeit. Das wahre Gesicht des türkischen Staates wurde dabei noch klarer.

Bisher hat der türkische Staat immer erklärt, er werde mit „Terroristen“ nicht verhandeln. Aber durch den Hungerstreik war er gezwungen, mit diesen Gefangenen, die er „Terroristen“ nennt, zu verhandeln – wenn auch über die Vermittler, die Schriftsteller u.a. Die Forderungen der Gefangenen wurden erfüllt. Allein gestern wurden 20 Gefangene aus Eskisehir in andere Gefängnisse verlegt, die übrigen 84 werden noch in den nächsten Tagen verlegt werden. Abgeordnete, Vertreter demokratischer Organisationen u.a. haben neun Stunden mit dem Staat verhandelt – alle Forderungen wurden erfüllt. Es gibt natürlich noch Schwierigkeiten, so sollen die Gefangenen die Kosten ihrer Behandlung in den Krankenhäusern übernehmen, was sie natürlich nicht können.

Als Fazit des Hungerstreiks kann man sagen: Er war ein großer Erfolg gegen die Unterdrückung durch das Regime, ein Erfolg, den 12 Gefangene mit ihrem Leben bezahlt haben.

*Die neue Regierung unter Erbakan und Ciller hat Änderungen in ihrer Politik gegenüber den Kurden angekündigt. Erbakan hat öffentlich erklärt, kurdische Flüchtlinge dürften in ihre Dörfer zurückkehren. Rechnest du mit ernstlichen Änderungen in der Kurdenpolitik des Regimes oder sind das die üblichen propagandistischen Ankündigungen, wie wir sie noch von jeder Regierung der letzten Zeit erlebt haben?*

**Felemez Basboga:** Bisher ist es in der Türkei immer so gewesen, daß jeder, der in die Regierung kam, immer ankündigte, er werde die kurdische Frage lösen, aber es ist nichts geschehen. 1991 verkündete z.B. die Regierung Demirel / İnönü in Diyarbakir, sie anerkenne die „kurdische Realität“. Anschließend wurde der Genozid gegen das kurdische Volk noch weiter verschärft. Auch spätere Regierungen wie Tansu Ciller haben am Anfang erklärt, sie würden die kurdische Frage „lösen“. Ich weiß nicht, was sie unter einer „Lösung“ verstehen, in Wirklichkeit jedenfalls haben sie die Politik ihrer Vorgänger fortgesetzt, die Militär-Operationen, Verbrennungen, Massaker usw. Auch bei der Regierung Mesut Yilmaz und Tansu Ciller hat Yilmaz in der Stadt Kars erklärt, sie würden die kurdische Frage politisch lösen, auch wenn sie seinen Kopf kostete. Anschließend haben sie das Attentat gegen den Generalsekretär der PKK organisiert.

Während sie nach außen immer von einer „politischen Lösung“ sprachen, haben sie in Wirklichkeit alle kurdischen Institutionen weiter zur Zielscheibe gemacht, angegriffen. Unter dem Vorwand der „Fahnen-Affäre“ (einige Leute, von denen die HADEP annimmt, daß sie vom türkischen Geheimdienst geschickt worden waren, hatten während des letzten Parteitag

der HADEP die türkische Fahne vom Innendach in der Tagungshalle heruntergeworfen) auf dem kürzlichen HADEP-Kongreß wurde der gesamte HADEP-Vorstand ins Gefängnis geworfen. Auch diese „Fahnen-Affäre“ wurde vom türkischen Staat inszeniert.

Jetzt macht Erbakan die gleichen Versprechungen wie seine Vorgänger. Auf der einen Seite erklärt er, das kurdische Problem werde „gelöst“, auf der anderen Seite führt er die Operationen gegen die kurdische Bevölkerung, das „Verschwindenlassen“ von Gefangenen, die „Morde unbekannter Täter“ und all das unverändert weiter. Nach der Regierungsübernahme durch Erbakan haben die Festnahmen in den Städten eher noch weiter zugenommen.

Erbakan hat erklärt, die Bewohner der 3.000 zerstörten Dörfer dürften in ihre Dörfer zurückkehren. Das war auch wieder nur eine Propaganda-Blase. Nur ein einziges Beispiel: In meinen eigenen Dorf in der Provinz Diyarbakir, im Dorf Elvendi, wurden vor zwei Tagen von Staatskräften die Bewohner mit Eisenstangen geschlagen und bedroht. Bis Ende des Monats haben sie eine Frist: Entweder sie werden Dorfschützer, oder sie müssen das Dorf verlassen. Das wurde erst vorgestern in der Zeitung berichtet.

Die Erbakan-Regierung hat seit einer Woche angekündigt, sie würde die Probleme mit den Kurden lösen. Die Kurden sind immer bereit zu einer politischen Lösung. Aber wir haben den Eindruck, der Regierung ist es nicht ernst. Sie will nur Zeit gewinnen.

*Die Refah wird hierzulande als eine „fundamentalistische“ Partei eingestuft. Welche soziale Basis hat diese Partei in der Türkei und welche in den kurdischen Gebieten?*

**Felemez Basboga:** Fundamentalistisch kann man diese Partei nennen, aber nicht in dem Sinne, was man unter „klassischem Fundamentalismus“ versteht (wie die streng religiöse Hisbollah oder die FIS in Algerien). Diese Partei wird vom türkischen Staat gefördert und folgt der türkischen staatlichen Ideologie. Diese Partei bekam bei den letzten Wahlen in der Türkei und in Kurdistan über 20 Prozent der Stimmen. Sie hat von verschiedenen Gruppen Stimmen bekommen, auch von (kemalistischen) Sozialisten wie der „Türkischen Arbeiterpartei“, der CHP, von Liberalen und von Islamisten. In seiner Wahlkampagne hat Erbakan Parolen von der Linken übernommen, z.B. „Unabhängigkeit der Türkei“, gegen die Imperialisten, anti-amerikanische Parolen, die Partei stehe an der Seite der Arbeiter und Arbeiterinnen usw. Wenn er an die Regierung komme, werde er die Zollunion mit der EU nicht anerkennen, den Vertrag mit Israel auflösen, die Dorfschützer auflösen, den Sondergouverneur abschaffen usw. Von allen diesen Versprechungen hat er kein einziges gehalten.

In Kurdistan haben sie die osmanische Philosophie propagiert („alle Moslems sind Brüder“, nur der Islam zählt, nicht der Unterschied zwischen Türken, Kurden, Arabern, Tscherkessen usw.) und bei Menschen ohne Bildung

den Glauben vorgeschoben. Bei den letzten Wahlen ist diese Partei in Kurdistan zweitstärkste Partei nach der HADEP geworden. In Kurdistan spielte dabei neben der Propaganda des Glaubens auch die Propagierung von bestimmten Elementen der kurdischen Kultur eine Rolle. Z.B. haben sie Kugelschreiber in den kurdischen Farben verteilt u.ä.

*Der Waffenstillstand der PKK dauert nun schon fast 8 Monate, viel länger, als anfangs sicher viele erwartet hatten. Wie entwickeln sich in der Türkei die Anstrengungen für eine politische Lösung? Gibt es Pläne für neue Aktivitäten nach dem „Friedensmarsch“ von Istanbul nach Diyarbakir? Wie schwach (oder stark) sind nach eurem Eindruck die Kräfte in der Türkei, die für eine politische Lösung eintreten?*

**Felemez Basboga:** Der Waffenstillstand dauert immer noch an. Der türkische Staat hat auf diesen Waffenstillstand bisher keine positive Antwort gegeben, sondern ist im Gegenteil mit seinen Repressionen fortgefahren. Ich glaube, daß die PKK ihren Waffenstillstand noch länger aufrechterhalten wird, um eine politische Lösung möglich zu machen. In dieser Richtung gibt es mehrere Erklärungen des PKK-Generalsekretärs. Er hat auch in der Öffentlichkeit erklärt, daß er der neuen Regierung eine Chance geben wird.

Die in Kurdistan gewählten Abgeordneten der Refah-Partei bemühen sich jetzt um Schritte zu einer politischen Lösung von Problemen. Erbakan hat mit den Vertretern der „Friedensinitiative“ gesprochen und diese „Friedensinitiative“ hat ihrerseits mit dem kurdischen Exilparlament, mit dem inhaftierten Vorsitzenden der HADEP, Murat Bozlak, sowie mit den kurdischen (DEP)-Abgeordneten im Gefängnis gesprochen. Von kurdischer Seite sind diese Schritte begrüßt, aber auch mit Skepsis und Vorsicht aufgenommen worden. Die Kurden sind immer bereit, die Probleme friedlich zu lösen.

Seit drei Tagen wird diese Entwicklung in der türkischen Öffentlichkeit sehr stark diskutiert. Der frühere Verteidigungsminister der Ciller-Regierung und jetzige stellvertretende Vorsitzende der „Partei des rechten Weges“ von Tansu Ciller, Mehmet Gülhan, hat erklärt, man werde indirekt, also über Mittler, mit der PKK verhandeln. Wenn von den anderen Kräften, die gegen den Frieden sind, insbesondere dem Militär, nicht Störungen kommen, hoffen wir schon in den nächsten Tagen auf eine Entwicklung.

Es gibt einen Eindruck in der türkischen Bevölkerung, daß so wie der Staat mit den Gefangenen verhandelt hat, daß so auch mit den Kurden verhandelt werden könnte. Das hat auch das Gesundheitsministerium so erklärt.

Es ist sehr eigenartig, daß diese Initiative ausgerechnet von der CHP und der Mutterlandspartei von Yilmaz, also den Sozialdemokraten und den Konservativen, stark kritisiert worden ist. Solche Äußerungen würden nur zur Teilung der Türkei führen, das würden sie nicht zulassen. Wie immer haben die



türkischen Faschisten, die Grauen Wölfe unter Türkes, ihre Drohungen gegen jede Vermittlung fortgesetzt.

Wir gehen davon aus, daß in dieser Situation auch Deutschland eine große Rolle spielen kann. Wir hoffen, daß sich die jetzige Situation in der Türkei auch durch deutsche Einwirkung positiv weiter entwickelt.

Seit Jahren fordern die türkischen Menschenrechtsorganisationen einen solchen Frieden, aber sie hatten nicht die Initiative, die Initiative lag bei der Staatssicherheit.

*Das Exilparlament hat vor kurzem in Rom getagt. Ist das eine diplomatische Aufwertung eurer Arbeit durch die italienische Regierung? Was waren die Ergebnisse der Tagung in Rom?*

**Felemez Basboga:** Alle drei Monate findet eine Sitzung des gesamten Exilparlaments statt. Einmal im Monat tagt der Exekutiv Ausschuß des Exilparlaments. Jetzt hat in Rom die 5. Tagung des Exilparlaments stattgefunden. Dazu lag uns eine Einladung der PDS in Rom vor. Der italienische Staatspräsident, der Ministerpräsident, der Außenminister, der Bürgermeister, alle waren über diese Tagung informiert. Die Türkei hat wie stets bei unseren Sitzungen dagegen protestiert, aber ohne Erfolg.

Unsere Sitzung wurde erfolgreich abgeschlossen. Am Ende haben wir eine Erklärung herausgegeben. In dieser Erklärung haben wir erstens gefordert, ähnlich der gerichtlichen Verfolgung der Kriegsverbrechen in Vietnam auch die Verbrechen an den Kurdinnen und Kurden zu verfolgen und die Personen, die sich an diesen Verbrechen beteiligt haben, vor Gericht zu stellen. Ein internationales Gericht soll über diese Kriegsverbrechen urteilen.

Als zweites wurde beschlossen, den Kurdischen Nationalkongreß so bald wie möglich zu errichten. Eine Delegation aus vier Abgeordneten soll schon Ende dieses Monats nach Südkurdistan fahren und mit der KDP Barzanis und der PUK Talabanis und mit allen anderen kurdischen Organisationen dort und der Bevölkerung sprechen.

Als drittes wurde beschlossen, auch in Europa sich um die Anerkennung der kurdischen Identität zu bemühen und darüber mit europäischen Institutionen zu verhandeln.



Natürlich verhandeln wir auch weiter mit den europäischen Regierungen und anderen Regierungen, um auf eine Lösung der Probleme der kurdischen Bevölkerung hinzuwirken.

*In der Bundesrepublik scheint die Verfolgung der kurdischen Vereinigungen unverändert weiterzugehen. Die Hamburger Demonstration war wohl eher eine Ausnahme – in München hat jetzt gerade vor wenigen Tagen die Landesregierung sogar ein kurdisches Fußballturnier verboten und mit Polizeieinsatz verhindert. Das PKK-Verbot bleibt unverändert in Kraft. Könnten die Mitglieder des kurdischen Exilparlaments in der BRD unter diesen Bedingungen eines anhaltenden Verbots- und Verfolgungsdrucks gegen alle kurdischen Einrichtungen so etwas wie Sprecher der hiesigen Kurdinnen und Kurden gegenüber dem deutschen Staat sein? Welche Überlegungen gibt es da auf eurer Seite und welche Möglichkeiten seht ihr dafür?*

**Felemez Basboga:** Deutschland achtet mit der Kurdenverfolgung seine eigene Verfassung und internationale Verträge nicht. Ein Beispiel dafür ist, daß eine Partei, die hier nicht existiert, die PKK, verboten wurde. Das ist eine Mißachtung der eigenen Verfassung. Dieses Verbot hat eine politische Dimension. Man mißachtet so internationale Verträge und Rechtsstandards. Zum Beispiel anerkennt die UNO in ihren Normen das Recht auf einen nationalen Befreiungskampf, also auch das Recht der Kurden dazu. Trotzdem hat Deutschland versucht, die PKK als „terroristisch“ einzustufen, und verfolgt sie entsprechend.

Dieses Verbot der

PKK ist ein Verstoß auch gegen die Menschenrechte der Kurdinnen und Kurden in Deutschland. Die Kurdinnen und Kurden in Deutschland werden schikaniert und daran gehindert, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen. Im Ergebnis sind die kurdischen Einrichtungen in zwei Ländern verboten, in der Türkei und in der Bundesrepublik Deutschland.

Für die negativen Erscheinungen und Zusammenstöße sind nicht allein die Kurdinnen und Kurden verantwortlich, das wurde auch durch den Staat provoziert. Der deutsche Staat hat auf diesem Weg versucht, dem türkischen Staat zu helfen. In verschiedenen Ländern werden nun die Kurden diskriminiert und als „gewalttätig“ eingestuft.

Wie schon vorher gesagt, kann Deutschland bei der Lösung der kurdischen Probleme eine Rolle spielen. Das kann auch hier in der Bundesrepublik Deutschland zum Frieden beitragen.

Als Exilparlament haben wir uns in der Vergangenheit mehrfach an die deutsche Regierung und auch an verschiedene Bundesländer gewandt. Wir versuchen, alles zu tun, damit die Probleme zwischen den Kurden und der Bundesrepublik Deutschland in einer guten Atmosphäre gelöst werden.

Unsere Aufgaben sehen wir darin, zwischen den Kurden und Deutschland zu vermitteln und unangenehme Situationen zu verhindern. Wir werden alles in unserer Macht tun, damit es zwischen Deutschen und Kurden keine Probleme gibt.

*Zum Schluß: Der Sendestopp für MED-TV ist eine schwere Beeinträchtigung für die kurdische Bevölkerung - in Kurdistan wie im Exil. Ein wichtiges Medium der Diskussion und Verständigung unter den Kurdinnen und Kurden ist damit verstummt. Welche Möglichkeiten seht ihr als Exilparlament, dem entgegenzuwirken?*

MED-TV war für die Kurden eine Revolution. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hatten die Kurden einen eigenen international ausgestrahlten Fernsehsender. In ihrer ganzen Geschichte haben die Kurden immer die Propaganda des Feindes, im Radio, im Fernsehen gehört und gesehen. MED-TV war für die Kurden Auge, Ohr und Zunge. Während seiner einjährigen Sende-

zeit hat der türkische Staat alles mögliche unternommen, um MED-TV zu stoppen, bis hin zur Störung des Satellitenempfangs und der Frequenzen. Nachdem die türkische Diplomatie fast ein Jahr lang nichts erreicht hatte, wandte sie sich an die USA um Hilfe, und diese erreichten, daß die polnische Telekom den Vertrag mit MED-TV ohne Begründung kündigte. Das war ein Ergebnis von amerikanischem Druck. Da die Polen in die NATO wollen, haben die Türkei und die USA ihnen dies versprochen. Als Gegenleistung hat die polnische Telekom den Vertrag mit MED-TV gekündigt. Das war wieder einmal eine politische Entscheidung gegen die Kurden.

MED-TV war nicht nur ein Sender für die Kurden, sondern für die gesamte Bevölkerung im mittleren Osten. Er hat auch in arabischer und anderen Sprachen gesendet.

MED-TV hat bewiesen, daß er eine demokratische Institution ist, er hat Sendungen in türkisch, arabisch, kurdisch usw. gesendet. Das macht kein anderer Sender in der Welt. MED-TV hat sich in seinen Sendungen für Frieden, Brüderlichkeit und Verständigung eingesetzt. Aus diesem Grund ist er ständig verfolgt worden.

Die Repression gegen MED-TV ist zu tiefst und demokratisch gewesen. Spätestens Ende dieses Monats wird MED-TV seine Sendungen wieder aufnehmen.

Zum Schluß möchten wir als Exilparlament durch eure Zeitung einen Aufruf an alle Demokraten, Antifaschisten, Kirchen, Gewerkschaften, Humanisten – an alle Menschen richten: Unterstützt den Kampf des kurdischen Volkes für sein Selbstbestimmungsrecht, gegen die Repressionen in Europa und in Kurdistan. Unterstützt die Arbeit des Exilparlaments!

Die Kontaktanschrift des Exilparlaments lautet:  
BIS DEP, Avenue Louise 459,  
B-1050 Brüssel, Belgien.  
Tel. 00322-6473084.  
Fax 00322-6476849.

**Felemez Basboga** ist Mitbegründer der Parteien DEP und HEP und Mitglied im Exekutiv Ausschuß des Kurdischen Exilparlaments. Das Interview fand in Berlin am 6. August statt.

aus Kurdistan-Rundbrief Nr. 16, rül



10.- DM. Zu beziehen über GNN Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz

# Generalprobe für Polizeistaat in Niedersachsen

Hannover erlebte am ersten Augustwochenende den größten Polizeieinsatz seiner Geschichte: Nach Polizeiangaben waren rund 6 000 Polizisten in Niedersachsens Landeshauptstadt zusammengezogen worden. Anlaß dieses Spektakels waren die diesjährigen „Chaostage“, zu denen seit 1982 nahezu alljährlich Punker nach Hannover reisen. Neben den für Polizeieinsätze typischen Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen, sowie Übergriffen und Willkürakten stellen die Ereignisse um die schließlich nach Bremen verlagerten „Chaostage“ in Hannover ein Alarmsignal polizeistaatlicher Entwicklung dar.

Was ist geschehen: Mitte 1994 trat unter rot-grüner Landesregierung die erste Fassung des Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetzes (NGefAG) in Kraft. Im Sommer eskalierte die Polizei die Situation anlässlich der „Chaostage“ mit einem provokant-starken Polizeiaufgebot mit der Begründung, es habe ein Flugblatt der Punker vorgelegen, das dazu aufrief, Hannover in „Schutt und Asche“ zu legen. Später stellte sich heraus, daß es ein solches Flugblatt nicht gegeben habe. Ein Jahr später gab es solche Aufrufe: Parodien auf das angebliche „Schutt und Asche“-Flugblatt des Vorjahres riefen zu den absurdesten und brutalsten Verbrechen auf – von „ethnischen Säuberungen“ und Zwangsarbeit für Bürger im Hannovrischen Stadtteil Nordstadt bis zum Vergewaltigungsaufwurf gegen Polizistinnen.

Die Polizeiführung beschloß diese Parodie ernst zu nehmen und rüstete sich zur Tat. Es kam zu den bekannten Straßenschlachten, an denen sich, provoziert von der Polizei, schließlich auch zahlreiche Personen beteiligten, die dem Punkspektrum fern stehen: Jugendgangs und AnwohnerInnen. Im Zuge der „Chaostage“ von 1995 kam es zu zahlreichen Rechtsbrüchen durch die Polizei: Die ausgeübte Praxis der Stadtverbote und die massenhaften Ingewahrsamnahmen ohne richterliche Überprüfung waren in der damaligen Fassung des NGefAG nicht vorgesehen. Die sich anschließende Medienkampagne sprach von „Bürgerkriegsartigen Zuständen“

in Hannover, die Bilder von Straßenschlachten und einer brennenden Barrikade gingen um die Welt und führten zur Forderung nach Verschärfungen des NGefAG. Diese Verschärfungen wurden rechtzeitig zu den diesjährigen Chaostagen am 8.5.96 von Landtag beschlossen und gaben der Polizei nun auch legale Handhabe für Maßnahmen. Ein Beamter brachte dies bei einer Kontrolle am 1.8. auf den Punkt: „Wir machen alles genau wie letztes Jahr. Nur diesmal ist es legal.“ So wurden mehr als 2 300 Platzverweisungen ausgesprochen, viele davon für das gesamte Gebiet der Stadt und des Landkreises Hannover und mehr als 250 Menschen fest- oder in Gewahrsam genommen. Betroffen von solchen Maßnahmen waren vielfach auch völlig Unbeteiligte, die Begründungen für Erteilung von Platzverweisungen klingen teilweise nach Realsatire: „Führte Schäferhund mit sich“, „wurde auf der Zonengrenze (gemeint ist vermutlich die Verbotszone...; chs.) getroffen“, „führte Plakat mit sich“. Die Daten aller von Platzverweisungen Betroffenen wurden in eine Datei aufgenommen und auch an Dienststellen in Bremen weitergegeben.

Das NGefAG in seiner alten Fassung galt als eines der liberaleren Landespolizeigesetze der Bundesrepublik, da es keinen „Finalen Rettungsschuß“ vorsah (ist auch in der neuen Fassung nicht enthalten), polizeiliche Maßnahmen vielfach durch Gerichte genehmigt werden mußten und die vorbeugende Ingewahrsamnahme auf 48 Stunden begrenzt war.

Die neue Fassung vom Mai diesen Jahres ist noch „liberaler“ – aus Sicht der Polizei:

■ Unterbindungsgewahrsam (oder „Vorbeugehaft“) ist nun auch gänzlich ohne richterliche Überprüfung für vier Tage möglich (damit bleibt Niedersachsen allerdings noch weit hinter dem Spitzenreiter in dieser Angelegenheit zurück: Sachsens Landespolizeigesetz kennt Unterbindungsgewahrsam bis zu zwei Wochen); Voraussetzung ist lediglich, daß „Tatsachen die Annahme rechtfertigen“, die betreffende Person könne eine Straftat oder eine Ordnungswidrigkeit „von erheblicher Gefahr für die All-

gemeinheit“ begehen wollen. Aber auch der Verstoß gegen eine Platzverweisung ist im Gesetz als Grund für Ingewahrsamnahme angeführt.

■ Platzverweisungen, die bislang nur für einzelne, konkret benannte Straßen und Plätze zulässig waren, können nun für ganze Städte und Landkreise verhängt werden. Bedingungen hierfür sind lediglich der Verdacht oder die Annahme, der/die Betreffende könne Straftaten begehen wollen; Platzverweisungen können nicht für Gebiete ausgesprochen werden, in denen der/die Betreffende seinen/ihren Wohnsitz hat. Auch hier ist keine richterliche Überprüfung oder Anweisung mehr erforderlich. Nach der alten Fassung mußte als Voraussetzung außerdem eine begangene Straftat oder Ordnungswidrigkeit vorliegen.

■ Die Polizeiführung kann künftig eigenmächtig die Einrichtung von Kontrollstellen anordnen, wo und sovielen sie will, und dort jeden und jede kontrollieren und durchsuchen. Die Personalien der so Kontrollierten dürfen gespeichert werden.

■ Der „Große Lausangriff“ ist unter sozialdemokratischer Landesregierung in Niedersachsen Wirklichkeit geworden. Die Polizei entscheidet selbst, welche geheimdienstlichen Maßnahmen ihr nötig und angemessen erscheinen.

Die neuen rechtlichen Grundlagen wurden mit der Behauptung durchgesetzt, anders seien die Chaostage nicht zu unterbinden. Sie betreffen scheinbar lediglich eine Personengruppe, die sich keiner großen Beliebtheit erfreut und die keine Solidaritätsbewegungen erwarten kann: die Punker. Betrachten wir jedoch das übrige Geschehen in Niedersachsen, so wird deutlich, daß unter einem billigen Vorwand ein Instrumentarium geschaffen wurde, mit dem oppositionelle Artikulation und Aktion sowie Widerstand hervorragend unterbunden werden kann.

Hannover bereitet sich gegenwärtig auf die Durchführung der EXPO 2000 vor. Dafür ist eine saubere Stadt vonnöten, Hannover als „Standort“ muß sich in bestem Lichte präsentieren. Nicht nur sozial Ausgegrenzte wie Punker, Bettler,

Obdachlose und Nichtseßhafte können mit dem neuen Gesetz wirkungsvoll von sensiblen Bereichen, wie Hannovers Innenstadt, ferngehalten werden: Sie könnten klauen oder durch Übernachtung auf Baustellen oder in Hausfluren Hausfriedensbruch begehen. Auch EXPO-GegnerInnen, die in Niedersachsen eine rege Aktivität entfalten, können bequem in Schach gehalten werden.

Schnüffelaktionen der Staatsgewalten, wie im Zusammenhang mit der Antifa M aus Göttingen, können zukünftig wesentlich entspannter und weniger skandalträchtig vorgenommen werden.

Zu guter Letzt kommen da noch viele Castortransporte, die ins niedersächsische Gorleben rollen sollen. Jede Demonstration kann dieserart verzögert, be- oder gar verhindert werden. In Hannover wurden viele Platzverweisungen mit „punktypischem Aussehen“ begründet. In Zukunft werden wir – je nach Anlaß – mit Begründungen konfrontiert sein, wie: „sieht wie ein Kurde aus“, „sieht wie ein Umweltschützer aus“, „sieht wie ein Antifaschist aus“.

Bemerkenswert ist dabei nicht die Tatsache, daß auch Unbeteiligte, „normale Bürger“ beim Einkaufen behindert werden könnten, wie dies vom „Nordstädter Bürger-Stammtisch“ und von den GRÜNEN in Hannover – beide schickten überparteiliche Beobachtergruppen durch die Stadt, um Rechtsverletzungen zu dokumentieren und vermittelnd einzugreifen – kritisiert wurde, sondern vielmehr die Entwicklung zum Polizeistaat, in dem Opposition und Widerstand jeder Bewegungsfreiheit beraubt sind.

Geprobt wurde das Großmanöver unter Einsatz neuer rechtlicher Voraussetzungen, das systematische Abriegeln einer Stadt gegen eine bestimmte Personengruppe und der Umgang der Beamten mit dem neuen Gesetz. Des weiteren wurde die Akzeptanz der Maßnahmen in der Bevölkerung ausgetestet. So begrüßenswert die durch die verschiedenen Beobachtergruppen geleistete Arbeit auch ist – sie weisen nicht zuletzt auch die Polizeiführung darauf hin, was am Einsatzkonzept noch zu verbessern ist, damit die Bürger beim nächsten Mal ohne zu murren mitspielen. chs



Schwefurt. Am 7.8.96 wurde ein 17-jähriges Mädchen, das in Schwefurt im Flüchtlingswohnheim an der Breiten Wiese untergebracht war, nach mehrwöchiger Abschiebehalt in die Türkei abgeschoben. Sie wurde nach ihrer Ankunft in Istanbul kurzfristig inhaftiert, jedoch wenige Stunden später wieder freigelassen. Jetzt bleibt nur noch zu hoffen, daß die junge Kurdin bei ihrer Familie in Sicherheit ist. Häufig werden abgeschobene Flüchtlinge Monate nach ihrer Abschiebung erneut inhaftiert und gefoltert, da keine Öffentlichkeit mehr vorhanden ist. Es wird auf jeden Fall weiterhin Kontakt zu dem Mädchen bestehen, um die junge Kurdin vor weiteren Repressionen des türkischen Staates zu schützen. Abschiebestopp sofort! (BA „Solidarität statt Rassismus“)

Bild: Auf einer Demonstration in Schwefurt

## Private Zuzahlung bei Haus- und Fachärzten?

Frankfurt. Die Kassenärztliche Vereinigung Hessen, Bezirksstelle Frankfurt, hatte den rund 3000 Kassenärzten in Frankfurt im Juli in einem Rundschreiben empfohlen, „Leistungen, die nicht Bestandteil der vertragsärztlichen Versorgung sind, und Leistungen, die auf Wunsch der Patienten erfolgen, nur noch im Rahmen der Privatliquidation anzubieten“. Die Vereinigung hatte dem Rundschreiben gleich verschiedene Formularentwürfe beigelegt, mit deren Unterzeichnung der Patient sich zur Bezahlung der medizinischen Leistung aus eigener Tasche verpflichtet. Die Vorgehensweise hat breite Empörung hervorgerufen, u.a. auch bei der Vereinigung demokratischer Ärztinnen und Ärzte, Hessen. Der Streit innerhalb der Ärzteschaft ist nur verständlich vor dem Hintergrund der Seehoferschen „Reformen des Gesundheitswesens“ und der Neufassung der gesetzlichen Vorgaben für die Honorarberechnung, die eine Budgetierung, Deckelung und Orientierung der Vergütungen an der Entwicklung der derzeit tendenziell sinkenden Lohnsumme vorsehen. Die Demokratischen Ärzte kritisieren, daß die Kassenärztliche

Vereinigung diese Auseinandersetzung auf dem Rücken der Patienten austragen will. aus Frankfurter Info, old

## Knütter verliert Prozeß

Bonn. Der Bonner Professor Hans-Helmut Knütter, dessen Beiträge sowohl in Veröffentlichungen des „Bundesministerium des Innern“ als auch in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zu finden sind, muß es sich auch weiterhin gefallen lassen, als „ideologischer Brandstifter“ bezeichnet zu werden. Knütters Versuch, seinen KritikerInnen einen Maulkorb zu verpassen, ist erneut gescheitert. Eine Klage Knütters gegen den Geschäftsführer des Bonner AStA als presserechtlich Verantwortlicher der „LUST-Schriften“ wurde abgewiesen. Knütter hatte in einem Demo-Aufruf eine ehrabschneidende Schmähkritik gesehen und behauptet, er sei lediglich Vertrauensdozent und Koordinator des „Ost-West-Arbeitskreises“ an der Uni Bonn gewesen, der 1991 wegen seiner rechtsradikalen Tendenzen aufgelöst worden war. Bereits im März 1995 endete ein Prozeß Knütters gegen das Bonner Stadtmagazin „Schnüß“ mit einem Vergleich, nach dem auch weiterhin be-



## Kurdenprozeß in Hamburg

Angeklagte werden vom Gericht ausgeschlossen

Hamburg. Im §129a-Prozeß gegen die drei KurdInnen Azime Yilmaz, Meryem Yagicibulut und Sait Bilgin hat der 3. Strafsenat des Oberlandesgerichts Hamburg die Angeklagten wegen angeblicher Mißachtung des Gerichts von der Hauptverhandlung ausgeschlossen. Als Grund dieses Ausschlusses diente, daß sich die Angeklagten bei der Verteidigung eines Zeugen nicht erheben wollten. Das erstaunt! Hatten sich die drei doch im gesamten bisherigen Verlauf der Verhandlung noch kein einziges Mal bei der Verteidigung erhoben.

Für das aggressive Verhalten des Senats, insbesondere durch den Vorsitzenden Mentz zum Ausdruck gebracht, liegt daher eine andere Begründung nahe:

Die bisher erfolgte Beweisaufnahme lieferte nicht das von der Bundesanwaltschaft und dem Gericht erwünschte Ergebnis. In seiner Not versucht das Gericht, den Druck auf die Angeklagten zu erhöhen. Dabei schreckt es vor keiner Schikane zurück. Zuvor legte die Ange-

klagte Azime Yilmaz ausführlich dar, warum sie bei der Verteidigung nicht aufstehen würden. U.a. erklärte sie, den vom Gericht geforderten Respekt könnten sie diesem nur dann entgegenbringen, wenn auch ihnen der gebotene Respekt gezollt werden würde. Anstatt auf die Prozeß-erklärungen der Angeklagten einzugehen, wurde der Befreiungskampf der KurdInnen mit Schlämm beworfen.

Dem Ausschuß der Angeklagten vorausgegangen war die erste vom Gericht verhängte Haftstrafe. Noch bevor die Angeklagte Yilmaz ihre Erklärung beenden konnte, sah sich der Vorsitzende Richter Mentz veranlaßt, Drohungen in Richtung Publikum auszustoßen. Eine Prozeßbeobachterin quittierte die Drohung des Vorsitzenden an die Öffentlichkeit, sich mit Beifallsbekundungen zurückhalten, mit einem Lachen. Der seine Beherrschung nun vollends verlierende Richter verhängte für diese Lächerlichkeit einen Tag Ordnungshaft.

Kurdistan Solidarität Hamburg

## Protest gegen Abschiebung

Komplizenschaft Becksteins mit der Türkei

München. Die Maschine am Flughafen München stand schon bereit: Der Kurde Cetin Sazil sollte heute Abend an die Türkei ausgeliefert werden, in Handschellen, geknebelt und notfalls durch eine Spritze ruhiggestellt. Deutsche Polizisten sollten den Kurden an die weltweit berühmten Folterknechte der Türkei ausliefern. In letzter Minute wurde der Bayerische Innenminister durch das Verwaltungsgericht Ansbach gestoppt. Cetin hätte mit „schweren Repressalien, mit Folter oder gar Tod rechnen“, müssen, wenn er abgeschoben worden wäre.

Cetin war 1993 bei der Besetzung des türkischen Konsulats in München dabei, einer Protestaktion gegen den Völkermord in Kurdistan und die Unterstützung des türkischen Regimes durch Bonn. Bei der Gerichtsverhandlung waren türkische Geheimdienstleute dabei

und haben alle Details mitgeschrieben. Daß Cetin – ein erklärter Gegner des türkischen Staatsterrors – ausgerechnet in der Türkei nichts zu befürchten habe, wie das bayerische Innenministerium behauptet, ist nahezu grotesk.

Unmenschliche Haftbedingungen, Folter, die Ermordung von oppositionellen Kurden durch Todesschwadronen sind in der Türkei alltägliche Realität.

Innenminister Beckstein weiß das! Mit seinen Abschiebungen arbeitet er dem türkischen Folterstaat direkt in die Hände. Er torpediert alle Versuche europäischer Parlamente und Menschenrechtsorganisationen, die auf eine Wende der Politik in der Türkei drängen.

Wir fordern: Keine Abschiebung von Cetin Sazil! Keine Abschiebungen in den Folterstaat Türkei

Münchener Bündnis gegen Rassismus und Bayerischer Flüchtlingsrat

## Proteste gegen BAYER-Konzern

Der plötzliche Tod ist eine Spezialität von BAYER

Leverkusen. Am 6. Juli erschien in der „Pensa Libre“, der wichtigsten Tageszeitung Guatemalas, eine ganzseitige Anzeige, in der für das BAYER-Gift Baygon Insektenspray mit dem Slogan „Der plötzliche Tod ist eine deutsche Spezialität“ geworben wurde. Dieser Slogan erinnert nicht nur auf makabre Weise an die deutsche Geschichte, an chemische Kampfgase und Zyklon B, er verstößt auch gegen den Verhaltenskodex der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), den auch BAYER unterschrieben hat.

Im Artikel 11 des Kodex heißt es, daß Werbung für Pestizide „Käufer und Anwender dazu ermutigen (soll), die Gebrauchsanweisung sorgfältig zu lesen oder sie sich vorlesen zu lassen, wenn sie nicht lesen können.“ Stattdessen wird mit dieser Anzeige suggeriert, daß es sich um ein Mittel handelt, das auf schnelle und einfache Weise Probleme mit sog. Haushaltsschädlingen löst, ohne jedoch Risiken zu benennen. Dies ist besonders verheerend, weil es sich bei dem in Guatemala vermarkteten Baygon Insektenspray um ein Pestizid mit hochgefährlichem Inhalt handelt: Das guatemalteke Baygon Insektenspray enthält drei Wirkstoffe, von denen zwei (Cyfluthrin und Propoxur) von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in die Klasse II „mittel gefährlich“ und ein Wirkstoff (Dichlorvos) sogar in die Klasse Ib „hochgefährlich“ eingestuft wird.

Wie das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) e.V. bei einem Vergleich des guatemaltekeischen und des in Deutschland vermarkteten Baygon Insektenspray feststellte, sind in dem deutschen Mittel völlig andere und ungefährlichere Wirkstoffe enthalten. Es liegt der Verdacht nahe, daß die Firma BAYER mit Rücksicht auf die kritische deutsche Diskussion um Pestizide hierzulande andere Inhaltsstoffe verwendet.

Gerade aber in einem Land wie Guatemala, wo 44 % der Bevölkerung Analphabeten sind, die Menschen mit den Risiken der frei verkäuflichen Pestizide wenig vertraut sind und sich nur schlecht schützen können, sind solche

hochgefährlichen Produkte fehl am Platz. Gifte wie Baygon Insektenspray werden oft in der Küche verwendet, Rückstände der sehr langlebigen Gifte verbleiben auf dem Mobiliar und dem Geschirr, verdampfen von dort aus weiter oder werden mit der Nahrung aufgenommen.

In einem offenen Brief fordern daher die Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. und das Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. die Firma BAYER auf:

- umgehend für die Einhaltung des FAO-Kodex Sorge zu tragen,
- Das Baygon Insektenspray unver-



züglich in Guatemala vom Markt zu nehmen.

– Die Vermarktung von Pestiziden der WHO-Klasse I – nicht nur in Guatemala – in kurzer Frist einzustellen und  
– in der „Pensa Libre“ – und in allen anderen Zeitungen, in denen die Werbung erschienen ist, eine Anzeige gleicher Größe zu schalten, in der sich BAYER für den Anzeigentext entschuldigt und die Leserinnen und Leser deutlich darauf hinweist, daß es sich bei Baygon Insektenspray um ein gefährliches Gift handelt.

Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.

hauptet werden darf: „Wo Knütter wirkt, sind Rechtsradikale nicht weit.“ aus Antifaschistische Nachrichten hma

### Staatsknete für Konsalik-Filme

Mönchengladbach. Zu zahlreichen Protesten hat die Ankündigung der „Filmstiftung NRW“ geführt, die Verfilmung von vier Romanen des Schriftstellers Heinz G. Konsalik („Der Arzt von Stalingrad“, „Russische Sinfonie“, „Liebesnächte in der Taiga“ u.a.m.) mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Der Verband der Schriftsteller (VS) in der Gewerkschaft IG Medien und der Buchautor Wolfgang Bittner hatten u.a. die Verfilmung der Konsalik-Romane kritisiert. Bittner bezeichnete die Ideologie von Konsaliks Bücher als „unverhohlenen Chauvinismus, primitive Verharmlosung und sogar Verherrlichung des Krieges“. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ bezeichnete Konsalik als einen „Gestapomann“ und berichtete von einem Bittbrief Konsaliks aus dem Jahr 1940, mit dem dieser um die Aufnahme in die „Reichsschrifttumskammer“ der Nazis bat. In diesem Brief schrieb Konsalik u.a.: „Anfang Dezember 1939 trat ich

eine Tätigkeit bei der Gestapo an, die ich auch weiterhin beibehalte“. Konsalik wies die Vorwürfe gegen ihn zurück: „Meine Romane wurden in 42 Sprachen übersetzt – bestimmt nicht wegen deutschnationaler Kitschprosa“, er habe den Verdacht, daß Bittner „das Kainsmal‘faschistoid‘ auch dem anhängen will, der im Kalten Krieg gegen den Bolschewismus geschrieben hat“. Die vorgelegten Drehbücher, verteidigte die „Filmstiftung NRW“, seien mit den Romanen nicht identisch und „weisen keinerlei faschistoide Tendenzen“ auf.

Dabei stufte die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften“ im Mai 1960 Konsaliks Buch „Sie fielen vom Himmel – Roman einer Generation“ als jugendgefährdend ein und urteilte: „Die Schrift ist kriegsverherrlichend durch eine unglaublich drastische und beim besten Willen nicht ernst zu nehmende supermannähnliche Überhöhung eines kleinen Trupps von „Himmelhunden“, deren grandiose Abenteuer den Krieg bzw. einen wichtigen Kriegsabschnitt tatsächlich nur erscheinen lassen als einen „Rabatz“, als Abenteuer, das diese „Teufelskerle“ mit gelassener Ruhe, fast mit der linken Hand, erfolgreich bestehen“. Die Indizierung des Konsalik-Buches wurde allerdings nach zwei Jahren

durch den 2. Senat des Oberverwaltungsgerichts in NRW aufgehoben. Mit einer entlarvenden Begründung: An der Weckung der Verteidigungsbereitschaft der deutschen Jugend bestehe ein lebenswichtiges Interesse des Staates. aus Antifaschistische Nachrichten, hma

### Stadt blockt Beschluß zur Absicherung sozialer Arbeit

Essen. Von dem Ratsbeschluß, die Zahlungen der Stadt Essen an soziale Vereine und Verbände langfristig abzusichern, wird anscheinend nichts übrig bleiben. Oberstadtdirektor Harwich hat den Vereinen und Verbänden lediglich eine vertragliche Regelung für ein Jahr angeboten, bis August 1997. Längerfristig will er nur mündliche Zusagen geben – also unverbindliche. Dieses „Angebot“ haben die im Arbeitskreis Jugend (AKJ) zusammengeschlossenen Vereine und Verbände – darunter das AWO-Jugendwerk, kirchliche Verbände, die Falken und die DGB-Jugend – dankend abgelehnt. Besonders verärgert sind sie, weil sie erst kürzlich einem Jugendfreizeitstätten-Bedarfsplan zugestimmt haben, der Einsparungen von 10% bis zum Jahre 2000 vorsieht. Die Ratsfraktion

von Bündnis 90/Die Grünen hat den Regierungspräsidenten um Stellungnahme gebeten. aus Lokalberichte Essen, wof

### Antikriegstag 1996: Kultur und Politik

Köln. Allmählich Gestalt an nimmt die Planung des diesjährigen Antikriegstages für die im Kölner Friedensforum zusammengeschlossenen Gruppen und Persönlichkeiten. So soll es nach Angabe der Organisator(innen) am 30.8. nicht nur eine Kundgebung auf dem Wallrafplatz geben, sondern vorher auch eine Demonstration vom Rudolfplatz zum Kundgebungsort. Dort erwartet den Besucher ein interessantes Programm, u.a. mit bekannten Kölner Künstlern (Rolli Brings und Klaus dem Geiger und Rednern von Grünen und PDS. Völlig einig sind sich die Beteiligten, daß in einer Zeit, in der die Bundesrepublik der drittgrößte Waffenexporteur der Welt sei, in der Sozialleistungen gestrichen, die Ausrüstung aber fortgesetzt werde und der Krieg der türkischen Generäle gegen das kurdische Volk auch mit deutschen Waffen und deutscher Unterstützung geführt werde, der Antikriegstag aktuell wie je ist. aus Lokalberichte Köln

**U**nter ausdrücklichem Verweis auf das Urteil des Sächsischen Verfassungsgerichtshofs vom Mai dieses Jahres, mit dem dieser Teile des dortigen Polizeigesetzes als verfassungswidrig eingestuft hatte, fordern jetzt auch die Brandenburger Grünen eine Reform des dortigen, ähnlichen Polizeiaufgabengesetzes. Am 9. August veröffentlichte der Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen einen offenen Brief an den SPD-Innenminister Ziel, den wir im folgenden dokumentieren. (rül)

Sehr geehrter Herr Minister Ziel, nach dem Ende der Sommerpause möchten wir noch einmal das Urteil des Sächsischen Verfassungsgerichtshofs zum Sächsischen Polizeiaufgabengesetz vom Mai dieses Jahres in Erinnerung rufen.

Das Urteil des Sächsischen Verfassungsgerichtshofs bestätigt die wesentlichen Kritikpunkte unseres Landesverbandes an den Brandenburger Regelungen. So rügt das Sächsische Gericht den Einsatz besonderer Mittel zur Datenerhebung im „Vorfeld Einsatz“, es fordert differenzierte Regelungen zum Polizeigewahrsam und erlaubt die Genehmigung des Großen Lauschangriffs auf Wohnungen nur unter der engen rechtlichen Voraussetzung des polizeilichen Notstandes.

Wir fordern Sie deshalb auf, eine Novellierung des Brandenburger Polizeiaufgabengesetzes in den Landtag einzubringen. Das beschlossene Gesetz entspricht weder Geist und Buchstaben der Brandenburger Verfassung noch den Grundsätzen liberaler Rechtspolitik. Mit dem vom Landtag beschlossenen Gesetz wird die Staatsgewalt zu Lasten

## Reform des „Polizeiaufgabengesetzes“ gefordert

**Offener Brief von Bündnis 90/ Die Grünen an SPD-Landesinnenminister Ziel**

der Bürgerrechte und zu Lasten rechtsstaatlicher Standards gestärkt.

Nach unserer Auffassung wird mit dem Brandenburger Polizeigesetz der Bestand der Grund- und BürgerInnenrechte eingeschränkt. Insbesondere wird

- der Polizei ein breites Instrumentarium in die Hand gegeben, Freiheitsrechte schon im weiten Vorfeld des Verdachts möglicher Straftaten erheblich einzuschränken.

Dies bedeutet eine deutliche Abkehr von der bürgerbewegten Politik der Nachwendzeit. Das verfassungsgemäße Gebot der Trennung von Polizei und Geheimdiensten wird mit Hilfe nachrichtendienstlicher Mittel (langfristige Observation, verdeckter Einsatz von technischen Mitteln, systematischer Einsatz von V-Leuten) ausgehebelt.

- auf die Gewährleistung der Identifizierbarkeit der Angehörigen der Polizei beim Einsatz in geschlossenen Einheiten verzichtet, was wir – angesichts der teilweise unhaltbaren Umgangsformen der Polizei – als gesetzlichen Versuch der Verschleierung von Straftaten betrachten.

Die Kontrollierbarkeit der Staatsgewalt gemäß Art. 20 Abs. 2 Grundgesetz setzt die Offenheit staatlichen Handelns

voraus. Wenn der Staat in Grundrechte der BürgerInnen eingreift, muß er ihm als für sein Verhalten verantwortlicher Amtswalter gegenüberstehen.

Anonymität ermöglicht den Mißbrauch von Befugnissen.

- mit der Gewahrsamsdauer von vier Tagen (20) in verfassungsrechtlich unzulässiger Weise versucht, einschlägige Bestimmungen der Strafprozeßordnung zu umgehen.

Diese Regelung ist mit dem verfassungsmäßig gewährleisteten Prinzip der Verhältnismäßigkeit staatlichen Eingriffshandelns unvereinbar.

Art. 104 Grundgesetz und Art. 9 der Brandenburger Verfassung haben enge Voraussetzungen für den Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit der Person normiert, es darf keine generelle Höchst-dauer für alles geben.

- eine Fülle von Eingriffstatbeständen zur verdeckten Datenerhebung geschaffen, die einen Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung darstellen (§§ 33, 34, 35).

Es wird die Grenze zwischen Polizei und Geheimdiensten verwischt und damit das verfassungskräftige Trennungsgebot auf seinen rein organisatorischen Aspekt verkürzt.

Der uneingeschränkte Schutz von Ver-

trauenspersonen (Ärzte, Anwälte, Pfarrer usw.) muß gewährleistet sein.

- das Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht unzulässig eingeschränkt.

Auskunft und Akteneinsicht dürfen aber gemäß Art. 11 Abs. 1 der Brandenburger Verfassung nur bei entgegenstehenden Rechten Dritter verwehrt werden.

- der Wesensgehalt des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung verletzt. Die Möglichkeit des Lauschangriffs auf eine Wohnung schon für die „vorbeugende Bekämpfung von Straftaten“ entwertet das Grundrecht und verstößt gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.

Wir fordern Sie nachdrücklich auf, die notwendige Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes vom Grundsatz der Unschuldsvermutung leiten zu lassen und diesen nicht zu entwerten durch Eingriffsrechte gegen jede und jeden, welche vom Prinzip der Verdachts-schöpfung, Verdachtsverdichtung und strategischen Kontrolle getragen werden.

Wir erwarten, daß Sie sich bei der notwendigen Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes von dem Grundgedanken einer demokratischen und bürgerInnenfreundlichen Polizei leiten lassen, vom Grundsatz einer rechtsstaatlich verfaßten Polizei, deren Arbeit sich grundsätzlich offen und transparent gestaltet.

Mit freundlichen Grüßen

Roland Resch,

Sprecher des Landesvorstandes,

Sylvia Voß,

Sprecherin des Landesvorstandes

## Neonazis machen Wurz zu einem ihrer Zentren

**Bericht und Kommentar aus „Leipzigs Neue“**

Im Zusammenhang mit den neonazistischen „Heß-Gedenkmärschen“ Anfang August (allein in Berlin hatten Neonazis drei Aufmärsche in Marzahn, Mitte und Spandau angemeldet, die aber alle verboten wurden), tauchten in der Presse auch erneut Berichte über die sächsische Stadt Wurzen auf. Dort sollen Neonazis um die „Jungen Nationaldemokraten“ der NPD, die auch zu den „Heß-Gedenkmärschen“ aufriefen, ein „Schulungszentrum“ aufgebaut haben. Die sächsische PDS hatte bereits im Frühjahr 1995 auf diese Entwicklungen im Landtag hingewiesen. Wir dokumentieren einen Bericht und Kommentar aus der Zeitung „Leipzigs Neue – Linksblick für Sachsen“ vom 9. August.

(LN) Daß sich Wurzen zu einem Zentrum neonazistischer und rechtsradikaler Aktivitäten entwickelt hat, bestätigt nun auch der Verfassungsschutz. Angesichts der Erkenntnis, daß die Nationaldemokratische Partei Deutschlands von Sachsen aus eine Sammlungsbewegung gewaltbereiter Rechtsextremisten organisiert, bezeichnet der Präsident des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz Wurzen als das derzeit „wohl wichtigste Zentrum der Neonazis in Deutschland“.

In Wurzen gebe es einen Kern von 30 bis 40 faschistischen Aktivisten, die schnell bis zu 300 Sympathisanten aus etwa 10 eigenständigen Gruppen mobilisieren können.

Auf das Konto von Wurzen-er Rechts-extremisten, so teilt das Landeskrimi-

nalamt mit, geht auch der Überfall auf zwei spanische Bauarbeiter in der Muldenstadt. Sie wurden am 21. Juli nach Verlassen einer Diskothek auf einem Spielplatz von einer Gruppe jugendlicher zusammengeschlagen. Die Sonderkommission Rechtsextremismus des LKA nahm in diesem Zusammenhang vier Tatverdächtige im Alter zwischen 17 und 26 Jahren fest. Während der 17-jährige in Untersuchungshaft genommen wurde, wurden die drei anderen Verdächtigten nach der Vernehmung auf freien Fuß gesetzt. Als Tatmotiv hätten sie Ausländerfeindlichkeit angegeben.

**Hier versagte die Politik**

Wurzen ist mittlerweile ein Begriff in Deutschland. Nahezu alle Medien des Landes berichten über Erscheinungen und Folgen der Unkultur gewaltausübender Skinheads.

Auch im Jahresbericht des Landesamtes für Verfassungsschutz bleiben diese Exzesse rechtsradikaler Gewalt nicht unerwähnt. Mittlerweile erkennt man, daß die hier angesiedelten „Kameradschaften“ beispielgebend für ganz Deutschland sind.

Hier versagte Politik in Größenordnungen. Der Polizeieinsatz, wenn er denn tatsächlich erfolgt, wird zur Ultima ratio. Selbst Medien wie die Frankfurter Rundschau vom 26. Juni 1996 beschreiben den Verantwortlichen der Stadt, in persona auch dem Bürgermeister, Ignoranz und Überforderung. Mittlerweile warnt selbst die SPD, daß Kom-



Mit Urabstimmungen und Streiks setzten auch in Berlin die Beschäftigten im Einzelhandel ihren Tarifkampf fort. Am 13. August führte die HBV in Berlin-Kreuzberg in sieben Geschäften Warnstreiks durch, 90 Prozent der Beschäftigten beteiligten sich, so daß die Geschäfte schließen mußten. Gleichzeitig begannen in 12 der bisher in Berlin bestreikten 55 Betrieben Urabstimmungen unter den Gewerkschaftsmitgliedern über ganztägige Streiks. In der Spandauer IKEA-Filiale hatten sich bereits in der Vorwoche 90% der HBV-Mitglieder für ganztägige Streiks ausgesprochen. Auch im KADEWE fand am 14. und 15. August eine solche Urabstimmung statt. Der Geschäftsführer fürchtete für den Fall solcher Streiks Umsatzverluste von 2 Mio. DM pro Streiktag. Am 19.8. wurde zum zweiten Mal den ganzen Tag bei IKEA in Spandau gestreikt (unser Bild), bei einigen Bolle-Filialen fanden Warnstreiks statt. Die DAG bestreikte einen Bilka- und einen Fox-Markt. Am 20.8. fanden in Berlin wieder Tarifverhandlungen statt. (rül)

mune und Politik keine vernünftigen Schritte einleiten können, wenn sie die Wahrheit nicht akzeptieren.

Da sah es doch am 28. April 1995 im sächsischen Landtag noch ganz anders aus, da wurde von Diskriminierung und pauschaler Unterstellung gesprochen, als die PDS die aktuelle Debatte führte, und der damalige Staatsminister Eggert dankte sogar den Kommunalverantwortlichen, den Parteien und der Polizei für ihr „Engagement“.

Der gleiche Mann, nunmehr Exmini-

ster, äußerte sich in der Morgenpost vom 1. August 1996 erneut zum Rechtsextremismus, diesmal in Wolgast, an der Küste. Hier fordert er, wer Gewalt übt, muß verfolgt werden. O-Ton Eggert: „Dann war ich erschüttert, wie gefährlich sie wirklich sind.“ Hier nähme er auch zu Kenntnis, daß die Polizei diese rechten Jugendliche sehenden Auges gewähren lasse und ein Duz-Verhältnis normal sei.

Das alles hätte Eggert zu Hause in Sachsen erleben können, als er noch der zuständige Mann war. H.-J. Mertha

**Betriebsrätebildung? Gefährlich, gefährlich ...**

12 Mio. DM EG-Fördermittel hat der Schweinfurter Stadtrat auf Projekte verteilt, die bei der EG beantragt werden. 4,5 Mio. DM für ein Tagungszentrum, 3,5 Mio. DM für die Erweiterung des bzf der Handwerkskammer, 2,45 Mio. DM für die Überdachung der Einkaufsstraße. Zuviel waren der rechten Stadtratsmehrheit 0,27 Mio. DM für das unten dokumentierte Projekt.

**DOKUMENT: Innovations- und Technologieberatung für Betriebsräte im Raum Schweinfurt.****Projektziele**

Zur Sicherung des industriellen Bestandes und zur Reindustrialisierung der Schweinfurter Wirtschaft ist die Förderung der Anpassungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen an die Erfordernisse des Strukturwandels und die veränderten Anforderungen der Märkte von großer Bedeutung. Die sich im Raum Schweinfurt herausbildenden unternehmerischen Netzwerkstrukturen und Unternehmensverbünde (IvU, Projekt „Schweinfurt Technologie-Transfer-Verbund“ etc.) können zur Unterstützung der betrieblichen Wandlungsprozesse eine wichtige Rolle spielen.

In den betrieblichen Veränderungsprozessen ergeben sich Spielräume zu einer beschäftigungsorientierten Innovations- und Technologiepolitik, die auf die Beteiligung der Beschäftigten und ihrer betrieblichen Interessenvertretung (Betriebsräte) setzt, jedoch durch die bestehenden Innovationsstrukturen nur unzureichend genutzt werden. Insbesondere bei der betrieblichen Realisierung neuer Produktionskonzepte (z.B. „Lean-Production“, Gruppenarbeit, TQM-Strategien etc.) ist eine Aufwertung des „Faktors Mensch“ im Rahmen der dominierenden Rationalisierungsstrategien zu beobachten, die ohne qualifizierte Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen nicht die intendierte Wirksamkeit entfalten kann ...

Das Projekt „Innovations- und Technologieberatung für Betriebsräte im Raum Schweinfurt“ wendet sich an Betriebsratsmitglieder im Raum Schweinfurt schwerpunktmäßig aus Klein- und Mittelbetrieben (KMU) und bietet ihnen Unterstützung bei der Erarbeitung betrieblicher Problemlösungen in den Bereichen Standortanalyse und Standortstrategie, Gestaltung und Implementierung neuer Produktionskonzepte sowie menschengerechte Gestaltung von Arbeit und Technik an. Es setzt die in den „Leitlinien für die Durchführung von Maßnahmen in Industriegebieten mit rückläufiger Entwicklung (Ziel 2) im zweiten Programmplanungszeitraum 1997 - 1999“ (im Folgenden: Leitlinien 1997 - 1999) akzentuierten Schwerpunkte der Förderung von KMU und der Förderung des endogenen Potentials durch Kooperation um.

Das Projekt ergänzt auf diese Weise die Initiativen anderer Einrichtungen im Raum Schweinfurt zum Know-how-Transfer, zur Förderung der betrieblichen Anpassung an neue Erfordernisse und unterstützt die Umsetzung des im bayerischen Beschäftigungspakt formulierten Beschäftigungsziels. Der Beschäftigungspakt sieht zur Umsetzung der „Innovationsoffensive Bayern“ explizit die „Förderung von Technologieberatung für Arbeitnehmer“ vor.

**Das Projekt verfolgt die Ziele,**

• betriebliche Innovationsprozesse vor allem in KMU zu fördern, • betriebliche Analyse und Strategiebildung zur be-

trieblichen Standortstrategie beizubringen, • die beteiligungsorientierte Planung und Einführung neuer Produktionskonzepte zu unterstützen, • die menschengerechte Gestaltung von Arbeit und Technik zu fördern, • ein Betriebsräte-Netzwerk im Raum Schweinfurt zu initiieren und zu begleiten ...

**2. Aufgaben des Projektes****a) Standortanalyse**

Das Projekt unterstützt Betriebsrats-einheiten bei der Erarbeitung/Analyse von

• Strategien der Produktdiversifizierung und Suche nach neuen Produkten, • Make-or-buy-, Verlagerungs- und Outsourcing-Analysen, • Analyse funktionaler betrieblicher Gewinne/Verluste, • betriebliche Kennzahlen- und Bilanzanalyse, • Analyse betrieblicher Innovationsblockaden und Möglichkeiten ihrer Überwindung, • Möglichkeiten betrieblicher und regionaler Auffanglösungen bei Personalreduzierungen im Strukturwandel, • strategischer Personalentwicklungs- und Qualifizierungsplanung.

Methode: Expertisen, Gutachten, Beratung

**b) Innovationsberatung**

Erarbeiten von Lösungen und prozeßbegleitende Unterstützung/Beratung bei der Einführung/Umstellung z.B. von

• Arbeitsorganisation, • Gestaltung von Gruppenarbeit, • Qualitätsmanagement/TQM-Strategien, • Lean-Production, • Suche nach neuen Produkten, • Identifizierung neuer Qualifizierungsbedarfe.

Methode: Konzeptentwicklung, Beratung, Workshops.

**c) Technologieberatung**

Unterstützung von Betriebsräten bei allen Problemen im Zusammenhang mit der Einführung neuer EDV-gestützter Arbeitssysteme z.B.

• Produktionsplanung- und Steuerungssysteme, • Betriebsdatenerfassungssysteme, • Personaldatenverarbeitungssysteme, • computergestützte Sachbearbeitung, • PC-Einsatz im Betrieb und Probleme der Vernetzung, • Datenautobahn und Internet.

Methode: Beratung

*Darüber hinaus bietet das Projekt den Betriebsrats-einheiten Beratung/Coaching an in den Feldern*

• Moderationstechnik, • Konfliktlösung, • Teamarbeit, • PC-Einsatz im BR-Büro.

Methode: Workshops, Beratung.

**d) Netzwerkstruktur**

Dieser Aufgabenbereich zielt darauf, die auf selbstständiger Problemlösung beruhende Erhöhung der Handlungskompetenz von Betriebsräten im Rahmen der Innovationsoffensive zu unterstützen mit dem Ziel, die ihnen zugedachte aktive Rolle im Strukturwandel besser wahrzunehmen und eine aktive Rolle in sektoralen Vernetzungen spielen zu können ...

**3. Kosten und Ausstattung:** Das Projekt soll eine Laufzeit von 3 Jahren haben ... Pauschalkalkulation für 3 Jahre: 600 TDM

**4. Finanzierungsmöglichkeiten**

• EFRE • Bayerischer Beschäftigungspakt • ggf. Eigenleistungen des Projektnehmers.

# Arbeiten bei Spätöffnung für lau?

## Tarifverhandlung Einzelhandel NRW

Noch ist keine Einigung in Sicht bei den Tarifverhandlungen über Lohn, Gehalt und Bedingungen der Arbeit bei Öffnung der Geschäfte nach 18.30 Uhr montags bis freitags und nach 14.00 Uhr samstags. Die Streiks in mehreren Bundesländern und der Tarifausschluß in Rheinland-Pfalz haben die Arbeitgeber wenigstens an den Verhandlungstisch zurückgebracht. Am 19. und 20. August wird in Nordrhein-Westfalen wieder verhandelt.

Die HBV fordert 5% mehr Lohn und Gehalt, 60% Zuschlag während der Spätöffnung nach 18.30 Uhr, bestimmte Sicherheitsvorkehrungen für die Beschäftigten. Sie fordert weiter die Begrenzung des Einsatzes bei der Spätöffnung, höchstens zweimal die Woche, und eine Reihe von Ausnahmen. Z.B. sollen Alleinerziehende und Leute, die an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, nicht gezwungen werden, nach 18.30 Uhr zu arbeiten.

Das alles ist den Arbeitgebern viel zu viel. Das zeigt ihr Geschrei über den Abschluß in Rheinland-Pfalz. Rückwirkend ab Mai gibt es 1,85% mehr Lohn und Gehalt plus 5.00 DM für die unteren Tarifgruppen. Auszubildende bekommen

im ersten Jahr 10,00 DM mehr, im zweiten und dritten Jahr 15,00 DM. Dort wurden bestimmte Zuschläge vereinbart: 20% für die Arbeit ab 18.30 Uhr von Montag bis Freitag und 50% ab 20.00 Uhr für das Zuendebedienen sowie 20% für die Arbeit ab 14.00 an allen Samstagen, an denen bis 16.00 Uhr geöffnet ist. Diese Zuschläge werden grundsätzlich in Freizeit abgegolten. Bestimmte Beschäftigtengruppen sind von der Spätarbeit ausgenommen.

Der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) beurteilt den Abschluß als „absolut negativ“ (Kölnische Rundschau vom 7.8.96). Besondere Wut lösen bei ihm die Samstagszuschläge aus. Der CDU reicht die künftig erlaubte Ladenöffnung noch längst nicht. Sie hat in Köln die Sonntagsöffnung für den 20.10.96 beantragt. Soll man wirklich glauben, daß die Besucher der dann stattfindenden Büromesse nicht in der Lage sind, sich anderweitig zu versorgen? Fürchtet die CDU, daß sie hungern müssen? Offensichtlich will die CDU die generelle Sonntagsöffnung, denn an Messen herrscht in Köln kein Mangel. Dieser offene Sonntag muß verhindert werden. *anl*

# „Kostenentlastung“ als Allheilmittel?

## Irritierende Positionen in der IG Metall Essen

In etlichen Betrieben sammeln die gewerkschaftlichen Vertrauenskörper derzeit Unterschriften gegen den sozialen Kahlschlag. „Eine Mehrheit für Arbeit und soziale Gerechtigkeit - Mehr Druck von unten“ ist das Motto der DGB-Aktion, die vor den Bundestagsberatungen Anfang September abgeschlossen werden soll. Ein Höhepunkt der geplanten Aktionen werden die regionalen Demonstrationen sein, zu denen der DGB aufruft. Aus Essen wird ein Sonderzug nach Dortmund fahren.

Dennoch hört man aus den Gewerkschaften auch Töne, die eher Zweifel am Willen zum Widerstand aufkommen lassen. Dazu gehören Äußerungen des Dortmunder IG Metall-Bezirksleiters Schartau, der die Vorstöße aus dem Kapitalistenlager zur Aushöhlung und Beseitigung der Flächentarifverträge Ende Juni für durchaus diskussionswürdig hielt. Dazu gehört auch eine Erklärung, die die Essener IG Metall bereits im Mai zusammen mit dem Essener Unternehmerverband unterschrieben hat.

Auch auf der letzten IG Metall-Vertreterversammlung gab es Kritik an dieser „Gemeinsamen Erklärung“. Ganz im Geiste des „Bündnisses für Arbeit“ - allerdings schon zu einem Zeitpunkt, zu dem das von den Kapitalistenverbänden geforderte „Spar“-paket der Bundesregierung vorlag - verständigten sich IG Metall und Unternehmerverband auf „gemeinsame Initiativen zur Sicherung gefährdeter Arbeitsplätze, zum Aufbau neuer Beschäftigungsmöglichkeiten und zur Stärkung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit“. Was in den folgenden vier Punkten kommt, ist wenig

konkret, entspricht aber sehr weitgehend dem Wunschkatalog der Kapitalisten.

So verpflichten sich IG Metall und Unternehmensverband zur „akuten Krisenberatung“ und zu „präventiven“ Maßnahmen, um betriebsbedingte Entlassungen zu verhindern und „neue Perspektiven“ für Betriebe zu entwickeln. Als einziges konkretes Problem tauchen dabei die „Kosten“ auf: Zur „Kostenentlastung und Arbeitsplatzsicherung“ sollen „alle fachlichen, tariflichen und gesetzlichen Möglichkeiten ... ausgeschöpft werden“.

Nachdem sie das Ziel der „Wettbewerbsfähigkeit“ anerkannt hat, entwirft sich die IG Metall durch diese Aussagen weiter. Denn auch im Rahmen kapitalistischer Logik ist „Kostenentlastung“ keineswegs ein Allheilmittel. Auch bei tatsächlich maroden Betrieben kommt es zunächst darauf an, die Ursachen herauszufinden. Und die Kritik an immer engeren Märkten, unverfrorenen Gewinnansprüchen oder auch dem „Mißmanagement“ von „Nieten in Nadelstreifen“ ist in den Gewerkschaften eigentlich Allgemeinut. Alternative Wirtschaftsexperten wie die „Memorandum“-Gruppe weisen denn auch immer wieder darauf hin, daß die in punkto Konkurrenzfähigkeit eigentlich interessanten Lohnstückkosten in der BRD im Vergleich zu anderen Ländern kaum gestiegen sind. zichtbar“

(...)

Die Erklärung ist ein weiterer Ausdruck der fatalen Dynamik, die die Diskussion um das „Bündnis für Arbeit“ entwickelt hat (...)

- (kw)



# Warum die Linke nicht um den Erhalt des Sozialstaates betteln sollte

Ein Papier der Naturfreundejugend Göttingen

Aus der Entwicklung während der Weimarer Republik zog die deutsche Bourgeoisie nach dem 1. Weltkrieg den Schluß, daß eine dauerhafte und stabile bürgerliche Herrschaft nur ohne eine ständige Konfrontation mit der Arbeiterklasse herzustellen ist. Aufbauend auf die Bismarcksche Sozialgesetzgebung (Unfall-, Renten- und Krankenversicherung), die ein konservatives Ständesozialsystem schuf, wurden der Arbeiterklasse weitgehende materielle Zugeständnisse gemacht, die einen Klassenkompromiß herstellten. Der Sozialstaat und seine Institutionen sind bis heute nach „Ständen“ gegliedert (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Knappschaften usw.). Weder das Bismarcksche, noch das heutige Sozialsystem ist von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung geschaffen und ausgestaltet worden. Vielmehr stimmte die damals noch revolutionäre SPD im Reichstag gegen Bismarcks Sozialgesetze, da sie den ständestaatlichen und konservativen Charakter dieser Vorlagen erkannte. Dagegen gestaltete das Zentrum sowohl im Kaiserreich als auch in der Weimarer Republik den Sozialstaat nach christlich-sozialen Vorstellungen. Auch in der BRD wurde die Grundlage des Sozialstaates in der Adenauer-Ara geschaffen.

Wesentliche Grundlage der christlich-sozialen Fürsorgepolitik ist die Förderung der Familie, das Subsidiaritäts- und Fürsorgeprinzip.

Aufgrund dieser Tatsache sollte sich die Linke genau überlegen, was sie am Sozialstaat verteidigen möchte und was nicht. Aus diesem Grund treten wir u.a.:

- für die Aufhebung des besonderen Schutzes der Familie ein und fordern die ersatzlose Streichung aller Regelungen, die darauf beruhen (Ehegattensplitting, kostenlose Mitversicherung der Familienmitglieder, Gewähren von Steuerfreibeträgen für Kinder, Zuschläge im öffentlichen Dienst). Statt dessen sind eigenständige Rechtsansprüche für die entsprechenden Personen zu schaffen (z. B. Rechtsanspruch auf Kinderkrippenplatz für jedes Kind, eigenständige Sozialversicherungsbeiträge für Hausfrauen usw.).

- für die Abschaffung des Subsidiaritätsprinzips ein, damit Träger, wie Caritas oder Diakonie aus den Sozial-einrichtungen fliegen und die kirchliche Dominanz im Sozialbereich gebrochen wird.

- für den Schutz der Sozialkassen vor produktionsfernen Schichten ein. So planen z.B. die Grünen, die Krankenversicherung unter Beibehaltung der jetzigen Finanzierung durch die Arbeiterklasse regional von Ärzten, Pflegeanstalten und sonstigem kleinbürgerlichen Wählerklientel verwalten zu lassen. Das Verhindern solcher Vorhaben liegt mit Einschränkungen auch im Interesse des Kapitals (Senkung der Lohn-, nebenkosten).

- für die Abschaffung des Berufsbeamtentums und des Ständesozialstaates ein. Die Vereinheitlichung des Sozialstaates ist die Grundlage für die Vereinheitlichung der Arbeiterklasse. Auch wenn es kurzfristig zu einem Absinken des Lebensstandards, z.B. des Beamtent-

tums kommt, kann der einheitliche gewerkschaftliche Kampf langfristig für alle die besseren Lebens- und Kampfbedingungen sichern.

*„Die Kapitalisten wollen keinen Sozialabbau, sie müssen ihn wollen!“*

Bitte, bitte, erhaltet doch den Sozialstaat und den sozialen Frieden, winselt es zur Zeit wieder verstärkt aus der Linken. Doch eigentlich bräuhete die Linke gar nicht zu betteln, da die Herrschenden eigentlich das Gleiche wollen, nämlich den Sozialstaat erhalten. Denn der Sozialstaat ist, wie Kurt Biedenkopf formuliert, die „Legitimationsgrundlage“ der bürgerlichen Gesellschaft, ohne die große Klassenkämpfe nicht zu verhindern sind.

Die angebliche Absicht des Kapitals, den Sozialstaat zu zerschlagen, existiert lediglich in der Phantasie „linker Theoretiker“. Seit Anfang der 80er Jahre versucht die Linke der Arbeiterklasse ein-



zureden, daß der Sozialstaat von den Herrschenden nun endgültig zerschlagen würde. Über zehn Jahre lang sah die Arbeiterklasse in der Realität das Gegenteil bestätigt. Außerdem möchten Teile der Linken noch immer ein „antimonopolistisches Bündnis“ mit denen eingehen, die den Sozialstaat wirklich zerschlagen wollen: Radikalisierte Kleinunternehmer und ihre Verbandsvertreter.

Auch heute noch wollen die Herrschenden den Sozialstaat um jeden Preis erhalten, allerdings auf niedrigerem Niveau. Ihre Spielräume sind derzeit aufgrund der schwächeren Kapitalakkumulation und ihrem Ziel der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages) geringer.

## Zerfall der bürgerlichen Hegemonie

Eine andere Entwicklung geht derzeit vollständig an der Linken vorbei. Die Pfeiler der bürgerlichen Hegemonie in der Arbeiterklasse, SPD und Gewerkschaften, bröckeln, und Teile der Arbeiterklasse radikalisierten sich. In den Großstädten beklagt die SPD die Abwendung ihres traditionellen Wählerkerns – der Arbeiterklasse – von der Partei (vgl. Studie des SPD-Parteivorstandes, Großstädte und SPD, 1995). So waren bei den Bundestagswahlen 1994 lediglich 13 Prozent der SPD-Wähler gewerkschaftlich organisiert. Der geringste Anteil in der Geschichte der BRD. Zudem zeigen Wahlanalysen deutlich,

daß die Nichtwählerschaft eindeutig Klassencharakter besitzt. „Allerdings gaben in den Gebieten des sozialen Wohnungsbaus (beispielsweise bei der Bremer Bürgerschaftswahl 1995) nur etwa 55 Prozent der Bürger ihre Stimme ab, in bevorzugten Wohnlagen hingegen fast 80 Prozent.“ (FAZ, 16.5.95). Teile der Arbeiterklasse machten ihren Protest durch Wahl der Republikaner deutlich (z.B. Baden-Württemberg). Diese Radikalisierung durch die Abwendung von Teilen der Arbeiterschaft vom derzeitigen Klassenkompromiß geht an der Linken derzeit vollständig vorbei, da sich die Radikalisierung nach rechts vollzieht. Folglich kann es nicht Ziel kommunistischer Politik sein, das Kapital dazu zu „zwingen“, den Klassenkompromiß wiederherzustellen und somit die Grundlage des BRD-Kapitalismus zu stabilisieren. Also sollte die Linke nicht versuchen, mit kostenlosen Phrasen, wie „Klassenkampf von unten zur Rettung des Sozialstaates“, den verbalradikalen Rattenschwanz der DGB-Führung zu spielen, sondern eine Strategie zu entwickeln, den Klassenkompromiß von links aufzulösen.

„Wenn dieses Land die Zahl von fünf bis sechs Millionen Arbeitslosen erreicht, reißt das soziale Netz. Dann wird dieses Land vor gewaltigen Unruhen stehen.“ (E. Stoiber, Welt am Sonntag, 14.1.96)

Diese Entwicklung wird die Linke weder durch „Reformbündnisse“, noch mit einem „neuen Gesellschaftsvertrag“ oder der „antimonopolistischen Demokratie“ aufhalten oder verhindern können. Folglich braucht es für diesen Zeitpunkt eine revolutionäre Strategie und eine kommunistische Partei.

Göttingen, 12.6.1996

## Nicht die „Sozialstaats-illusion“ – soziale Rechte verteidigen

Wolf, KAZ Redaktion

Eines der grundlegenden Bestimmungselemente der Strategie der Arbeiterbewegung ist ihr Verhältnis zum bürgerlichen Staat. Und so alt wie die ideologischen Anstrengungen der Kapitalbesitzer, ihre politische Macht über die Gesellschaft hinter der Fiktion eines unparteiischen, allen „Interessengruppen“ gleich dienstbaren Staates zu vernebeln, so alt sind auch die immer auf neue in der Arbeiterbewegung verbreiteten Hoffnungen, die Kapitalherrschaft könnte mithilfe dieses Staates in eine sozialere Gesellschaftsordnung transformiert werden. Den Nährboden dafür liefert die sozialpolitische Betätigung des Staates mittels spezieller Einrichtungen der „Sozialfürsorge“ (Armen-, Kranken- und Altenpflege, usw.), sozialpolitischer Gesetzgebung (incl. Arbeiterschutzgesetze) – ebenso wie umgekehrt die Er kämpfung sozia-

Die Redaktion der Kommunistischen Arbeiterzeitung KAZ hat ein Papier der Naturfreundejugend Göttingen aufgegriffen und setzt sich mit deren These auseinander, daß die „Linke nicht um den Erhalt des Sozialstaates betteln sollte“. Da diese Diskussion die Frage berührt, wie sowohl eine Kritik an der kompliziert strukturierten Klassengesellschaft der BRD zu führen sei, wie auch die weitere Manipulation dieser Struktur in Richtung Verelendung und Verrohung abzuwehren ist, haben wir diese Beiträge aus der KAZ Nr. 281 übernommen und haben die Absicht, in einer der nächsten Ausgaben der Politischen Berichte uns auseinanderzusetzen mit der Frage, wie weit die von der PDS angeregte Kampagne „sozial und solidarisch“ eine Möglichkeit zur theoretischen und praktischen Kritik des Sozialstaates bietet.

ler Rechte durch die Arbeiterklasse. Unter Berufung auf diese, die Kapitalverwertung tatsächlich einschränkende, zugleich die Klassenwidersprüche und -kämpfe abschwächende Politik proklamieren bürgerliche Ideologen, nicht zuletzt die reformistischen innerhalb der Arbeiterbewegung, den bürgerlichen Staat als „Sozialstaat“. So stellt das Grundgesetz der BRD, Artikel 20, rotzfrech die Behauptung auf: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat.“

In einem „Lexikon der Politik“, das ich auf einer Gewerkschaftsschulung der IG Metall in die Hand gedrückt bekam, lese ich den Kommentar dazu: „Sozialstaat: Allgemeine Bezeichnung für einen modernen Staat, der sich nicht mehr nur auf die liberale Garantie von Eigentum und Freiheit, Ruhe und Ordnung beschränkt, sondern verfassungsrechtlich und politisch verpflichtet ist, die gesellschaftlichen (sozialen) Verhältnisse zu gestalten...“ und zwar dadurch, „daß die Gesellschaft (!) über die verfassungsmäßige Staatsgewalt, über Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung aktiv in die nach liberalem Verständnis „staatsfreie“, private, auf Gewinnsteigerung beruhende Wirtschaft eingreifen kann... Auf der Grundlage des Sozialstaatsgebots läßt das Grundgesetz der politischen Willensbildung alle Wege der gesellschaftlich-sozialen Ausgestaltung offen...“ (Drechsler, Hilligen, Neumann, Gesellschaft und Staat, Baden-Baden 1984, S.554)

Wie der zuletzt zitierte Satz andeutet, läßt der Begriff Sozialstaat sich weit nach links biegen. In der Tat besetzt er bis heute einen Stamplatz auch im linken Sprachschatz, von der Memorandumgruppe über die PDS bis in die Reihen der DKP.

Es muß betont werden, daß zwischen „rechtem“ und „linkem“ Gebrauch des Begriffs Sozialstaat kein prinzipieller Unterschied in analytischer Hinsicht besteht. Immer drückt sich darin die Auffassung aus, der bürgerliche Staat sei „sozial“ im Sinne gesamtgesellschaftlicher Macht über die „Kräfte des Marktes“ und ließe sich fein säuberlich auseinandersetzen in die sogenannte Staatsgewalt einerseits und Sozialeinrichtungen andererseits. Und dem entspricht immer die Vorstellung, durch Sozialpolitik könne der Kapitalismus humanisiert, in eine humanere Gesellschaft überführt werden.

Indem er den Blick auf die Sphäre der Verteilung des Sozialprodukts einengt, lenkt der Begriff vom politischen Kern der Kapitalherrschaft ab: von der Staatsgewalt, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln schützt. Insofern leistet er, gewollt oder nicht, reformistischen Illusionen Vorschub.

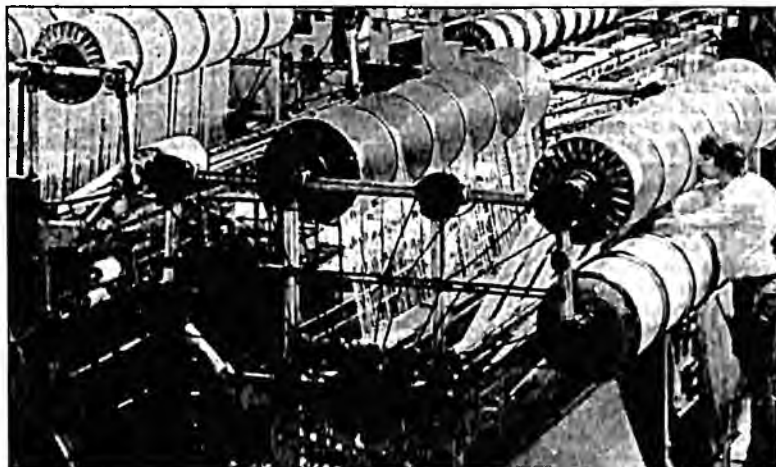
„...wie der Strick den Gehenden stützt“

Die Naturfreundejugend Göttingen wirft die Frage auf, was an diesem „Sozialstaat“ BRD erhaltenswert ist. Herausgelöst aus dem tagespolitischen Zusammenhang ist dazu nur zu sagen, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung für die sozialen Einrichtungen des bürgerlichen Staates nicht mehr Sympathien aufbringt als für die bürgerliche Demokratie: Sie wird sie so schnell wie möglich auflösen und durch einen Staat ersetzen, der erstmals in der Menschheitsgeschichte seinem Wesen nach Sozial-Staat ist, da er als erster (und letzter) aller Staaten die Interessen der breiten Mehrheit der Gesellschaft verwirklicht. Daß das bereits vierzig Jahre lang auf deutschem Boden zu einer ganz neuen Qualität von Sozialpolitik führte, wagen nicht einmal die geschworenen Feinde der DDR zu bestreiten. Solange die Arbeiterklasse dazu nicht stark genug ist, müssen wir aber die bestehenden Sozialeinrichtungen gegen ihre Abschaffung von rechts verteidigen, sie stützen, „wie der Strick den Gehenden stützt“ (mit einem Bild Lenins gesagt), „weil in jeder von ihnen, wie verstümmelt auch immer, handfeste soziale Rechte der Arbeiterklasse vergegenständlicht sind.“

Die Göttinger Naturfreunde behaupten nun, „den Sozialstaat wirklich zerschlagen wollen radikalisierte Kleinunternehmer und ihre Verbandsvertreter. Auch heute wollen die Herrschenden den Sozialstaat um jeden Preis erhalten, allerdings auf niedrigerem Niveau.“ Abgesehen davon, daß wir unsere sozialen Rechte auch gegen ihren Abbau auf niedrigeres Niveau zu verteidigen haben, ist diese Einschätzung durch nichts belegt und spiegelt meines Erachtens die aktuelle Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz und der Klassenwiderstände in der BRD nicht richtig wider. In diesem Zusammenhang mußte man sich zum mindesten mit der massiven, zweifellos von den Herrschenden forcierten Politik der Entstaatlichung von Sozialeinrichtungen in private Dienstleistungsunternehmen auseinandersetzen. Auch muß es das Ergebnis verzerren, wenn man die aktuelle Sozialpolitik der BRD nicht auf dem Hintergrund ihrer Kriegspolitik beurteilt. Spätestens wenn es wieder ans Marschieren geht, hört sich die Neigung der Herrschenden zu sozialpolitischer Ab-

dämpfung der Klassegegensätze auf. „Kanonen statt Butter“, lautet dann wieder ihre Parole. Nicht erst dann hat die Arbeiterklasse dem Kriegskurs der Herrschenden ihre Losung entgegenzustellen: Keinen Groschen aus den Sozialkassen zur Konsolidierung des Kriegshaushalts!

Auch wenn dies noch nicht mehr bedeutet als die Verteidigung des bestehenden Sozialsystems gegen seine weitere Aushöhlung und gegen die Militarisierung, ist es somit keine „kostenlose Phrase“, sondern in der Tat Klassenkampf von unten, der uns am 15. Juni nach Bonn und Hunderttausende Arbeiter und Angestellte zu Protesten während der Arbeitszeit führte. Unser Platz ist da an der Seite derjenigen, die noch glauben, damit würden sie „unseren Sozialstaat“ verteidigen. Diese Kämpfe müssen wir nicht zuletzt des-



halb führen, um darin stärker zu werden, damit wir überhaupt noch mal „den Klassenkompromiß von links auflösen“ können.

## Den Finger auf wunde Punkte gelegt

Corell, KAZ Redaktion

Nach dem Getöse um „Bündnisse für Arbeit“, um „soziale Gerechtigkeit“, um die Demontage des Sozialstaats, angesichts der Gefahr, daß der 15. Juni 1996 nur die Gewerkschaftsführung zurück an die Kamingsgespräche demonstriert haben soll, war das Papier „Warum die Linke nicht um den Erhalt des Sozialstaates betteln sollte“ der Naturfreundejugend Göttingen eine richtige Erfrischung.

Die Göttinger stellen in Frage, was in der Arbeiterbewegung schon fast wie ein Fetisch gehandelt wird: die Unabänderlichkeit des einmal nach bestimmten Prinzipien etablierten Sozialversicherungssystems der BRD. Sie ziehen den „Sozialstaat BRD“ zurück in den historischen Kontext und öffnen damit die Augen, daß auch die sozialen Leistungen dieses Staates Teil des Klassenkampfes sind. Angesichts der Unversämtheiten der herrschenden Klasse ziehen sie in Zweifel, ob mit den alten reformistischen Fahnen und mit diesen Losungen in den Krieg gezogen werden kann und ob dabei mehr als ein Blumentopf zu gewinnen sei. Ihre Argumentation läuft darauf hinaus, daß die Linke sich überlegen muß, wie sie auf die Angriffe reagieren will: ob mit bloßer Einordnung in den Abwehrkampf und damit Unterordnung unter

die sozialdemokratische Führung, ob wir so dem Spiel der Monopolherren beikommen: zwanzig Prozent Kürzung fordern, Aufschrei und Aktionen, die Gewerkschaftsführung erreicht in zähen Verhandlungen, daß „nur“ um zehn Prozent gekürzt wird. Das sind die „Siege“ der letzten Jahre, die das Kapital jeweils um die zehn Prozent reicher und uns um die zehn Prozent ärmer gemacht haben. Oder ob die Linke wieder ihren Ausgangspunkt dort finden muß, wo sie angefangen hat: Bei dem, was die Arbeiterklasse braucht und ihr von diesem System und seinem Staat vorenthalten wird. Sie werfen damit die Frage auf, ob wir vom Sturz des Systems ausgehen müssen oder vom Status quo („Besitzstandssicherung“), der von der herrschenden Klasse selbst schärfstens in Frage gestellt wird, und wie wir den Abwehrkampf stärken können durch

die Auseinandersetzung mit bürgerlichen und kleinbürgerlichen Positionen in der Arbeiterbewegung.

### Sozialkassen in der Hand der Arbeiter oder der Bourgeoisie

Ich hoffe, nicht zu viel in das Papier der Göttinger hineininterpretiert zu haben. Folgende Anmerkungen: Marx stellt in den „Randglossen zur Kritik des Gothaer Programms“ dar, welche ökonomischen Notwendigkeiten sich bei der Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts ergeben – und um die geht es ja bei der Frage der sozialen Sicherung – und wie sich die Sache im Kapitalismus und im Sozialismus verhält.

Hier wird deutlich, daß im Kapitalismus der Lohn so hoch sein muß, um die Reproduktion der gesamten Arbeiterklasse zu gewährleisten, also nicht nur die Lebensmittel für den einzelnen Arbeiter, sondern die Sicherung des Arbeiternachwuchses, der nicht oder nicht mehr arbeitsfähigen Invaliden und Veteranen, der Erwerbslosen in der industriellen Reservearmee usw.

Das bedeutet, daß alles was zur Absicherung gegen die sozialen Risiken dient, Lohnbestandteile sind, die im spezifischen System der BRD von Staats wegen per Steuern und Sozialabgaben abgezackt werden. Die einbehaltenen Gelder werden zur Manövierrasse des Staates und der ihn beherrschenden Kräfte, die ja jenseits parlamentarischer Kontrolle kraft ökonomischer Gesetzmäßigkeit und Gewalt Einfluß nehmen.

Dieses System wurde von Bismarck eingerichtet gegen die „revolutionären Umtriebe“ der Sozialdemokratie, damit die Arbeiter ihre soziale Sicherung nicht auf eigenes Konto und gegen den Staat und die Bourgeoisie in die Hände nahmen. Es war ein Schachzug, um den Brotkorb für den nicht arbeitenden Teil der Arbeiterklasse in der Hand der herrschenden Klassen zu halten, und damit den Hebel, um diesen Teil in ständige Konkurrenz zu dem arbeitenden Teil

führen zu können. De facto zwangen sie dadurch die Arbeiterklasse, um die Wiederherausgabe eines Teils des Lohns beim Staat anstehen und betteln zu müssen. Das war die eine Seite. Die andere war, daß sich der deutsche Imperialismus damit eine Reserve- und Kriegskasse schuf. Die Zwangsbeiträge der Arbeiter wurden in den beiden Weltkriegen verpulvert in Verbindung mit der Hinschlachtung ihrer potentieller Leistungsempfänger („Generationsvertrag“). Wenn wir in der Lage sind, diese Zusammenhänge zu begreifen und darzustellen, kann es uns gelingen, den „realen Schein“ zu vertreiben, der Kapital („Arbeitgeberbeiträge“) und Staat (Sozialhaushalt) als Garanten sozialer Sicherung dastehen läßt. Dann wird auch deutlich, worin die Aufgabe besteht und wo wir die Reformisten tatsächlich angreifen müssen.

### Im Zentrum: die Konkurrenz unter den Arbeitern

Daß die Herrschaften von Regierung und Kapital sich heute so aufführen können, liegt vor allem daran, daß die Konkurrenz unter den Arbeitern anwächst, nicht zuletzt durch den Niedergang des Sozialismus in Europa. Diese Konkurrenz ist im Kapitalismus unvermeidlich. Sie wird notwendigerweise und zeitweilig überwunden durch den Zusammenschluß, durch die Organisation der Arbeiter (das schließt auch die Schaffung eigener Staaten mit ein). Das Sozialversicherungssystem in der BRD schafft dem Kapital einen zusätzlichen Hebel (darauf wollten ihr wohl mit dem Hinweis auf die „ständische“ Gliederung hinweisen?), um die Konkurrenz unter den Werktätigen über das durch das unmittelbare Kapitalverhältnis gegebene Maß hinaus zu beeinflussen.

Wie kann die Konkurrenz in unseren Reihen eingeschränkt und überwunden werden? Doch durch die Schaffung eines Bewußtseins, daß die Arbeiter eine Klasse sind in unversöhnlichem Widerspruch zur herrschenden Klasse der Bourgeoisie. Daß der Arbeiter im Großkonzern, die Angestellte in der Klitsche, der Erwerbslose oder die Sozialhilfeempfänger ohne Ansehen ihrer Nationalität, politischen oder religiösen Überzeugungen Teil einer Klasse sind. Dem politischen Kampf um die Klasseneinheit sind die Forderungen nach ökonomischer Vereinheitlichung unterzuordnen und Art und Ausmaß der Auseinandersetzung mit Reformismus und anderen bürgerlichen Strömungen zu bestimmen. Die Einheit unserer Klasse kann aber doch nur hergestellt werden, indem sie sich nicht nur im Verhältnis zur Bourgeoisie, sondern auch im Verhältnis zu den Zwischenschichten definiert.

Das ist umso bedeutsamer, als die Gefahr von Faschismus und Krieg konkretere Formen annimmt, wo die formale bürgerliche Rechtsgleichheit durch die offene ungeschminkte Erklärung der Ungleichheit und die bürgerliche Demokratie durch die „Volksgemeinschaft“ ersetzt werden soll. Das Treue- und Fürsorgeverhältnis wurde vom deutschen Faschismus zur Staatsräson erklärt und hat im Gewand der katholischen Soziallehre nach 1945 wieder Eingang in die BRD gefunden hat – als roter Faden durch die gesamte Sozial- und Arbeitsgesetzgebung. Hier verstehe ich andererseits nicht, warum ihr die politische Differenzierung in der Arbeiterklasse mit dem Zerfall der bürgerlichen Hegemonie gleichsetzt.

Für mich war bisher Faschismus und die Entwicklung dorthin ein Wechsel in der Form der bürgerlichen Hegemonie, aber vom Klasseninhalt bürgerlich. Dazu wäre Klärung dringend notwendig.

Die mit den Namen Ostrowski und Brie verbundene Sommerdebatte der PDS hat in die Partei tiefe Spuren gedrückt. Grund für die teils sehr heftige, im Fall Ostrowski bis zu Ausschlußanträgen aufbrausende Gegenkritik war die von O. bis B. aufdringlich gezeigte Bereitschaft zur Manipulation, oder traditioneller gesprochen zum Säuberungsdenken. Wenn O. die Mitglieder der PDS im Westen als störend einfach abhängen will, wenn B. die Partei für die KPF unerträglich machen will, so demonstrieren die beiden ein hochgradig versachlichtes Denken, das an und über die Schwelle der Inhumanität gerät und Erbitterung auslöst, gerade weil es sich an den vermeintlichen oder tatsächlichen Minderheiten in der Partei ausläßt.

Da ist aber zu bedenken, daß bis jetzt ganz bestimmt (und im Unterschied zu dem, was sonst in der Politik üblich ist) die Worte der beiden schlimmer sind als ihre Taten. Wir haben es auch mit versuchsweisem Drauf-Los-Reden zu tun, und folglich gibt es vielerlei Möglichkeiten, die Diskussion aufzunehmen.

Zu zwei in der Diskussion immer wie-

der vorgespielten Motiven: C. Ostrowski: über das Thema koalieren, tolerieren, opponieren werde sich erst vernünftig reden lassen, wenn die PDS in der Mitte der ostdeutschen Gesellschaft angekommen sei ... A. Brie: eine wirkliche Perspektive werde die PDS erst haben, wenn sie eine moderne Partei geworden sei, die positiv in der BRD ankäme. Die griffigen Vorstellungen tauchen immer wieder auf.

Ankunft: Unsere beiden Mit-PDSler sehen sich offenbar als Pilger auf der Wanderschaft, die von einem gelobten Land wissen, bei C. O. heißt es „Mitte des Ostens“, bei A. B. „Bundesrepublik“. Die Herkunft aus dem utopischen Denken springt ins Auge, nur daß Utopia nicht mehr in der Zukunft, sondern gleich neben uns liegt. Blühende Landschaften, mit Eintritt frei.

#### Auf der Suche nach der verlorenen Mitte

Die „Mitte“ ist in der politischen Diskussion der BRD ein sehr beladener Begriff. Die westliche Nachkriegsgesellschaft der BRD bezog ihre Vorstellung

der sozialen Mitte aus der überragenden Bedeutung, die die Teilnahme am Arbeitsprozeß für die Mitglieder dieser Gesellschaft hatte. Die „Stellung“ war jahrzehntelang der Ziel der Jagd nach Glück, und verbindbar mit der „Stellung“ ist der Begriff der „Leistung“. Einsatz für die vorgegebenen Arbeitsziele führte idealtypisch auf der Laufbahn weiter, in immer höhere Stellungen, die immer mehr Entfaltungsmöglichkeiten mit sich bringen. Herrschaft und Knechtschaft, Arbeit und Ausbeutung wirken im Hintergrund des Systems. So war eine Skala, eine einheitliche Maßeinheit gegeben, auf der allein der Begriff der „Mitte“ sinnvoll anwendbar ist.

Hier wird vorausgesetzt, daß diese Vorstellung der Mitte trügerisch, konstruiert und herbeigelogen gewesen ist, aber Wirkung hatte und praktische Orientierung bot.

Heute indessen erleben wir einen Wandel. In der Gesellschaft der neuen BRD wird der Zugang zur „Stellung“ von der „Leistung“ entkoppelt. Ein Beispiel: Vor zwanzig, dreißig Jahren war der Arztberuf so angelegt, daß

durch schulische und Studienleistung eine mittlere bis höhere Einkommenslage zugänglich wurde. Die erforderliche Zugangsrosselung wurde durch Messung der Leistungsbereitschaft erzielt. Inzwischen ist ein Schließungsprozeß eingetreten. Unter Protest aus der Ärzteschaft, aber bei Mitwirkung ihrer Standesorganisationen werden die Gebührenordnungen so geändert, daß jedenfalls die Gründung, in einigen Fällen aber auch schon der Weiterbetrieb der Praxis nicht möglich ist, wenn nicht eigenes Vermögen im Hintergrund ist. Weniger auffällig, aber nicht weniger wirksam ist dieser Vorgang in anderen freien oder auch angestellten Akademikerberufen. Auch hier wird zunehmend ein finanzieller Hintergrund, ein Vermögen erforderlich sein, um „Durststrecken zu überbrücken“ usw.

Damit verliert die Vorstellung der „Mitte“ ihre allesumspannende Kraft. Wir haben jetzt zwei und zweierlei „Mitten; auf der Seite des Eigentums eine und eine auf der Seite der Arbeit. Die „Mitte“ als sozialen Ort, als eine Lebensweise, auf die sich politische Parteien beziehen könnten, gibt es nicht

### DOKUMENTIERT: AUS DER SOMMERDISKUSION DER PDS

#### 1. Aus dem „Stern“-Interview“

**Stern:** Bei den Sozialdemokraten kracht es wegen der PDS. Alles nur Sommertheater?

**Brie:** Nein. Die SPD hätte uns gern im Machtpoker mit der CDU als eine Art As im Ärmel.

**Stern:** Rechnen Sie ernsthaft damit, daß die Sozi-Chefs von Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern eine Regierungsbeteiligung der PDS wollen?

**Brie:** Nach den nächsten Wahlen wird man nicht mehr ohne uns können. Mit der Diskussion jetzt wollen Richard Dewes und Harald Ringstorff das Thema enttabuisieren. Vor allem die westdeutsche Öffentlichkeit soll schrittweise an SPD/PDS-Koalitionen gewöhnt werden.

**Stern:** Die PDS ist noch immer die Partei der verletzten Ost-Gefühle. Meinen Sie, das reicht?

**Brie:** Im Moment profitieren wir vom anti-westdeutschen Zeitgeist in der früheren DDR. Nur, diese Basis wird mehr oder minder verschwinden.

**Stern:** Wie wollen Sie ihre Partei dann retten?

**Brie:** Wir müssen endlich in der Bundesrepublik ankommen. Wir müssen ein positives Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und zum Grundgesetz finden.

(...)

**Stern:** Ist die „Kommunistische Plattform“ noch immer eine Gefahr für den Reformkurs der PDS?

**Brie:** Zwar sind das vielleicht gerade mal 500 Leute, aber ihr politischer Einfluß ist weitaus größer. Sie bauen in der Partei eine eigene Infrastruktur auf. (...) Die sammeln schon. Ihre Klassenkampf-Attitüden kommen bei einigen jungen Genossen und versprengten West-Linken gut an.

(...)

**Stern:** Bleibt die „Kommunistische Plattform“ an Bord?

**Brie:** Wenn wir Reformer uns durchsetzen, ist die „Plattform“ am Ende. Parteiausschlüsse halte ich dagegen für unrealistisch. Die PDS muß für Poststalinisten unerträglich gemacht werden.

(aus: Stern, 1.8.96, zit. nach PDS-Pressedienst Nr. 32/96)

#### 2. Erklärung des PDS-Landesvorstandes Berlin vom 31.7.96

Mit Nachdruck wendet sich der Landesvorstand der PDS Berlin gegen die jüngste PDS-Kritik des Bundesvorstandsmitgliedes André Brie im „Stern“. Insbesondere seine Aussage,

daß die PDS „ein positives Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und dem Grundgesetz finden (müsse)“, ist inhaltlich absurd und politisch, ob gewollt oder nicht, eine Steilvorlage für die konservativen Gegner der PDS und den Verfassungsschutz. (...)

Völlig inakzeptabel ist, daß André Brie Gruppierungen in der PDS aus dem demokratischen Konsens ausklammert. Der Landesvorstand der PDS Berlin weist die Ausgrenzungsversuche gegen einzelne politische Gruppierungen in der Partei zurück. André Brie ist schlecht beraten, wenn er durch Denunziation der PDS die Eintrittskarte für künftige Koalitionen erkaufen will. Der Landesvorstand der Berliner PDS fordert André Brie auf, seine unhaltbaren Vorwürfe gegen die Partei öffentlich zurückzunehmen.

(aus: PDS-Pressedienst Nr. 32/96)

#### 3. Gemeinsame Erklärung der stellv. Vorsitzenden Sylvia-Yvonne Kaufmann, Angela Marquardt und Wolfgang Gehrcke vom 1.8.96

(...) Die Äußerungen von André Brie über die PDS im „Stern“ zeugen von Arroganz und sind politisch schlichtweg falsch. (...) Auch André Brie müßte - bei aller berechtigten Kritik an Politik und Praxis der PDS - zur Kenntnis genommen haben, daß sich die PDS auf ihren Parteitag eindeutig und unmißverständlich zur parlamentarischen Demokratie und zum Grundgesetz bekannt hat. Demokratie ist eine Grundsäule des politischen Selbstverständnisses und der Gesellschaftsstrategie der PDS. (...) Die Aufgabe innerparteilicher Debatten ist nicht, wie André Brie meint, die PDS für Teile der Mitgliedschaft unerträglich zu machen. Was die Partei stattdessen braucht, ist vielmehr ein notwendiger Zugewinn an politischer Gestaltungsfähigkeit. Parteiausschlüsse sind nicht nur „unrealistisch“, sondern kein Mittel innerparteilicher Auseinandersetzung. Wir setzen weiter auf demokratische Toleranz und gegenseitige Überzeugung. Dazu gehört die selbstkritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte ebenso wie eine unmißverständliche Absage an Stalinismus und undemokratische und antiemanzipatorische Politik.

(aus: PDS-Pressedienst Nr. 32/96)

#### 4. ND-Interview mit Lothar Bisky, PDS-Bundesvorsitzender, 3./4.8.96

**Frage:** André Bries „Stern“-Interview hat unversehens einen PDS-internen Streit ausgelöst. Gibt es dafür, neben dem Anlaß, einen echten Grund?

**Bisky:** Einen handfesten Grund sehe ich nicht. (...) André Anliegen geht wohl in die Richtung, einige Diskussionen zu beschleunigen und Akzente zu setzen. Das ist ein Vorschlag, den man ruhig debattieren kann. Manches teile ich, manches nicht.

**Frage:** Brie meint, die Kommunistische Plattform (KPF) stelle eine Gefahr für den Reformkurs der PDS dar, ihr Einfluß sei größer als ihre Mitgliederzahl und sie baue in der Partei „eine eigene Infrastruktur“ auf. Ihr Kommentar?

**Bisky:** Das sehe ich nicht so. Ich denke, daß sich die KPF nach wie vor auf dem Boden von Programm und Statut der PDS bewegt. (...) Ich sehe aber die Gefahr, daß mit der KPF eine Gruppe pauschal ausgegrenzt werden soll. (...)

**Frage:** Ist die jüngste Kontroverse nicht dennoch ein Indiz dafür, daß Klärungsprozesse in der PDS nicht endlos aufgeschoben werden können?

**Bisky:** Solche Prozesse stehen in der Tat an. Wir haben ja einen heißen Herbst vor uns, wenn man an verschiedene Konferenzen denkt.

**Frage:** Erwarten Sie, daß in diesen Runden auch konkrete Pläne entstehen, in denen für die Öffentlichkeit mit Blick auf künftige Wahlen deutlich wird, was mit der PDS real machbar wäre und was nicht?

**Bisky:** Das ist unsere Absicht, denn wir müssen konkrete Politikangebote unterbreiten gegen das Sparpaket, zur Steuerreform, zur Massenarbeitslosigkeit und zu anderen sozialpolitischen Fragen. (...)

(zitiert aus: PDS-Pressedienst 32/96)

#### 4. Jürgen Trittin - Interview in „Junge Welt“, 7.8.96: „Wohin mit der PDS?“

**Frage:** Die SPD trägt diesen Sommer ihren PDS-Streit aus, jetzt haben auch die Grünen damit angefangen. Brauchen die Grünen auch eine PDS-Debatte?

**Trittin:** Nein. Die Grünen kooperieren in bestimmten Situationen mit der PDS, wir haben da eine sehr ruhige Haltung. Ich glaube, niemand braucht diesen Streit, außer der PDS. Die muß nämlich entscheiden, ob sie eine Partei werden will oder eine Vereinigung von Meckerern.

**Frage:** Also Partei zu sein, bedeutet zu regieren?

**Trittin:** Das muß es nicht unbedingt heißen, es kommt immer auf die Bedingungen an. Der jetzige Zustand der PDS ist, sich im Westen als legitime Nachfol-

gerin der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) zu geben und im Osten eine Position anzustreben, die vielleicht eher mit der CSU in Bayern vergleichbar ist. Das wird in Ostdeutschland dazu führen, daß die CDU ein Dauerabonnement auf Regierungsbeteiligung hat.

(...)

**Frage:** Was müßte die PDS machen, um ihrer Meinung nach koalitionsfähig zu sein?

**Trittin:** Sie müßte ihren Richtungsstreit schlicht und ergreifend entscheiden.

**Frage:** In welche Richtung?

**Trittin:** Das ist Sache der PDS. Ich bin ja nicht deren Ratgeber, genausowenig wie ich der Therapeut der SPD bin. Die PDS muß sich entscheiden zwischen Frau Ostrowski und der Rechtsnachfolger der MLPD. (...)

(aus: Junge Welt, 7.8.96)

#### 5. „Wieland: PDS steht vor Spaltung“

Die PDS steht nach Ansicht des Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Grüne (im Berliner Abgeordnetenhaus, d. Red.), Wolfgang Wieland, vor dem Beginn eines Spaltungsprozesses, an dessen Ende die Reformkräfte obsiegen werden. Mittelfristig könnte das bedeuten, daß eine Zusammenarbeit mit oder die Tolerierung einer Regierung durch die PDS nach den Wahlen 1999 (zum Berliner Abgeordnetenhaus, d. Red.) durchaus möglich ist, sagte Wieland dem Tagesspiegel. (...) Wenn sich dieser Reinigungsprozeß vollziehen, die PDS ihre Vergangenheit aufgearbeitet und sich von ihren Altlasten getrennt habe, sei eine politische Konstellation unter Einbindung der PDS als links von der Sozialdemokratie angesiedelte Partei durchaus denkbar.

Unterstützt würde das Auseinanderdriften der PDS zusätzlich durch ihre wachsende Nähe zur Macht auf Bezirksebene. (...)

Im Lager der PDS erkennt man in den Äußerungen Wielands durchaus einen strategisch motivierten Schachzug auf Landesebene, flankiert zu der im Bundesverband brodelnden Diskussion. „Das ist ganz klar die Flucht nach vorn und Ausdruck der Angst, auf Dauer der Großen Koalition das Feld überlassen zu müssen“, sagt PDS-Fraktionssprecher Günter Kolodziej. (...)

(aus: Tagesspiegel, 7.8.96)

#### 6. „Schworiner PDS-Chef widerspricht Lothar Bisky“

Der PDS-Landesvorsitzende aus Mecklenburg-Vorpommern, Helmut Holter,



mehr. Liest man die Texte von C.O. mit Blick auf die soziale Wirklichkeit, dann steht doch fest, daß sie in der realen, immer härter werdenden Auseinandersetzung zwischen dem ausbeuterischen Eigentum und der Arbeit den Platz der PDS auf der Seite der Arbeit hat und sieht. Es bleibt eine Basis für die solidarische politische Diskussion, und wenn der Vorhang im Sommertheater fällt und über die Politik der PDS in den anstehenden sozialen und politischen Kämpfen zu sprechen ist, wird sich das schon herausstellen. Der politische Gegner wird C. O. belehren, daß sie in einer Front gegen das Kapital steht, wo sie sich in der Mitte wähnt.

#### Die Ankunft in der BRD ...

die André Brie herbeisehnt, eignet sich als Zielvorstellung nicht. Das politische System der BRD ist nämlich, nicht zuletzt wegen der machtvoll einsetzenden Differenzierung der ganzen Gesellschaft und ihrer Lebensweise nach Vermögenslage, selbst in Bewegung. A. Brie müßte dauernd nachreisen. Weil immer deutlicher wird, daß Vermögen

und Reichtum Schlüssel zu den Freuden des Lebens sind, wird die Legitimation der bürgerlichen Gesellschaft, die auf die Chancengleichheit im Leistungswettbewerb fußt, immer schwächer und das Sicherheitsbedürfnis der Vermögenden immer größer. Die Staatsaktionen nehmen immer deutlicher den Charakter von Schutzveranstaltungen für die Reichen an.

Umwälzende Änderungen in der Wertordnung und dem Rechtsgefüge der Gesellschaft treten ein. Die Umdeutung der Verfassungsbestimmungen über die Rolle des Militärs gibt dafür ein Beispiel, ein anderes die Ausländerpolitik, ein weiteres die Kurdenverfolgung.

André Brie ruft die Partei nun eben nicht auf, der BRD auf diesen Wegen nachzufolgen.

Hier sieht man einen großen Unterschied zwischen – man kann bis jetzt beruhigt sagen: der ganzen – PDS einerseits und der SPD und den Grünen andererseits, die eine Affinität zum Bereicherungsgedanken zeigen und für die damit verbundene Sicherheitspolitik nach innen und außen hellhörig werden.

hat Darstellungen seines Parteichefs Lothar Bisky widersprochen, in seinem Bundesland werde bereits „ernsthaft“ an der Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung durch die PDS noch in dieser Legislaturperiode gebastelt. Diese Aussage Biskys entbehre „jeglicher Grundlage“. Auf ein derartiges Modell arbeite man in Schwerin nicht hin.

Der energische Widerspruch Holters bestätigt Einschätzungen, wonach zwischen Bisky und führenden Landespolitikern der PDS Meinungsverschiedenheiten zu einer Regierungsbeteiligung der PDS existieren. Während Holter und sein Amtskollege von Sachsen-Anhalt, Roland Claus, immer wieder das Gespräch auf mögliche Koalitionen mit der SPD lenken und auf Entscheiden drängen, hat sich Bisky erst kürzlich wieder als treuer Anhänger des Magdeburger Modells, wo die PDS eine SPD-Grünen-Regierung toleriert, gezeigt. Bisky hatte nicht nur für Mecklenburg-Vorpommern eine PDS-Tolerierung prognostiziert, auch in Thüringen, Sachsen und Brandenburg hält er das Modell einer PDS-gestützten SPD-Minderheitsregierung für denkbar und wünschenswert. (...)

(aus: junge Welt, 8.8.96)

#### 7. PDS: Viel „heiße Luft“ ums Mitregieren

Für „größtenteils heiße Luft“ hält Mecklenburg-Vorpommerns PDS-Vorsitzender Helmut Holter den derzeitigen Medienwirbel um mögliche Regierungsbeteiligungen seiner Partei. (...) Das Problem sei auch deshalb nicht akut, weil von der SPD nichts komme. (...) Dennoch müsse die PDS für den Fall gewappnet sein, daß sie durch eine Koalitionskrise doch vor die Regierungsfrage gestellt werde. Dann müßten die Ziele klar sein. Auf Bundesebene müsse die PDS den Streit um Regierungsbeteiligungen auf dem Parteitag 1997 klären ...

Die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Rosemarie Wilcken, sagte in einem ND-Interview, die SPD müsse sich von ihrer Konkurrentin PDS abgrenzen, statt „ständig irgendwelche Gemeinsamkeiten herauszustellen“. Der Landesvorsitzende Harald Ringstorff sollte, statt sich auf die Koalitionsfrage zu konzentrieren, das Thema Arbeitsmarktpolitik besetzen. Wenn ihm das nicht bis November gelinge, habe er seine letzte Chance vertan.

(aus: Neues Deutschland, 8.8.96)

#### 8. Klaus Höpcke: Joker aus Stolpes Ärmel?

Das kann ich gut verstehen, daß es Manfred Stolpe angesichts des Zwiespalts und Streits in der SPD wegen ihres Verhältnisses zur PDS unbehaglich zumute ist. Im Taktieren geübt, fiel ihm ein: Man könnte doch den Zwiespalt verlegen – heraus aus der SPD, hinein in die PDS. So ließ er am 31. Juli 1996 seine Ansicht verbreiten, es sei notwendig, daß in der PDS der Streit „endlich mal ausgetragen werden kann“. Wer soll da mit wem streiten? Es müßten, sagt er, Stalinisten und Reformkommunisten ihre Probleme miteinander austragen. (...)

(Klaus Höpcke, PDS-Abgeordneter in Thüringen und Mitglied im Marxistischen Forum der PDS und in der PDS-Grundsatzkommission, am 9.8.96 im „Neuen Deutschland“)

#### 9. Brie-Thesen abgewiesen

Die PDS-Spitze hat die jüngsten Äußerungen des Wahlkampfchefs der Partei, André Brie, scharf kritisiert. In einer Erklärung des Bundesvorstandes wird Bries Forderung zurückgewiesen, die Partei müsse ein positives Verhältnis zum Grundgesetz und zur parlamentarischen Demokratie erlangen. Abgelehnt wird eine Etikettierung von Mitgliedern. Die PDS bleibe bei ihren Positionen, wie sie zuletzt in den Wahlgrundsätzen beschlossen wurden. Brie hatte mehrfach seine Forderungen erhoben und zudem formuliert, die PDS müsse für Poststalinisten unerträglich gemacht werden. Das habe, wie Parteichef Lothar Bisky am Montag während der Vorstandssitzung erklärte, Aufregung unter die Mitgliedschaft gebracht. Zwar beschäftigte sich der Vorstand mit den Äußerungen Bries, doch weil dieser sich im Urlaub befindet, wollte man nur über die Sache, nicht aber über die Person reden. (...) Rückendeckung erhielt Brie dagegen von zwei Landesvorsitzenden. Roland Claus aus Sachsen-Anhalt hielt die Forderung Bries für berechtigt, die PDS müsse lernen, als demokratische Partei zu agieren. ... Claus warnte davor, daß restaurative Kräfte wieder leninistische Avantgarde-Vorstellungen durchsetzen wollten. Die Partei könne sich nicht einfach salonfähig beschließen. Helmut Holter aus Mecklenburg-Vorpommern bestätigte Bries Einschätzung, daß in der Partei über das Parteiprogramm seit dessen Annahme kaum noch diskutiert werde. Dies empfand Schatzmeister Dietmar Bartsch als falsch. Nach seiner Ansicht müsse die PDS auch nicht mehr uner-

träglich für Poststalinisten gemacht werden, sie sei es bereits. (aus: Neues Deutschland, 13.8.96)

Die feste Verbindung der PDS mit dem sozialen Lager der Arbeit bietet die Möglichkeit, realistische Interessenpolitik im System der BRD in Verbindung mit einer Kritik dieses Systems zu führen.

Die Devise „Sozial und solidarisch“, unter der so eine Politik steht, ist für die bürgerliche Gesellschaft der BRD nicht akzeptabel, der Schritt in diese Richtung müßte ihr aufgezwungen werden.

#### Die Realität der Reaktion

Dies ist eine Erfahrung, die die Abgeordneten der Bundestagsgruppe tagtäglich machen dürfen.

Solche realen Erfahrungen mit der realen Republik müssen dringend ausgewertet werden. Was ist abzuwehren? Was ist zu erreichen? Was kann die PDS als Organisation dabei tun?

Wer würde nicht gerne träumen, von der Mitte des Ostens oder einer demokratischen BRD; aber der Sommer ist ach ist kurz, es kommt der Herbst.

(maf)

traglich für Poststalinisten gemacht werden, sie sei es bereits. (aus: Neues Deutschland, 13.8.96)

#### 10. Thierse: Leichtsinnes Gerede der Grünen

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Thierse hat die Grünen-Fraktionssprecherin Kerstin Müller wegen ihrer Äußerung, die Regierung Kohl solle bei der Bundestagswahl 1998 notfalls auch mit Hilfe der PDS abgelöst werden, kritisiert. Solche „leichtsinnigen Reden“ verbesserten nicht gerade die Chancen der SPD, in Bonn einen Machtwechsel zu erreichen, sagte Thierse am Montag. Die PDS habe selbst nach Aussagen ihres Chefideologen André Brie „mehrerheitlich noch keine demokratische Gesinnung“. (...)

(aus: Tagesspiegel, 13.8.96)

#### 11. H. Prantl, Süddeutsche Zeitung: „... Doppelselbstmord von SPD und Bündnisgrünen“

Es gibt ein sicheres Rezept, um die politische Landschaft in Deutschland radikal zu verändern: eine Bonner Koalition aus SPD, Grünen und PDS. Diese Veränderung der Landschaft würde allerdings ganz anders aussehen, als sich dies ein paar politische Käuze ausmalen, die von linken Reformprojekten schwadronieren. Nämlich so: Weder die Sozialdemokraten noch die Grünen würden eine solche Koalitionsvereinbarung im Jahr 1998 überleben. Es würde beide Parteien zerreißen. Und dann würde die politische Landschaft wirklich völlig anders aussehen als heute. Ein Nachdenken darüber, „was wäre wenn ... wir mit Gysis Hilfe den Kanzler stürzen“ ist daher gleichbedeutend mit Gedanken über einen Doppelselbstmord. Das weiß sowohl die Führungsriege der SPD. Und dies weiß auch Jürgen Trittin, der linke Vorstandssprecher der Grünen ebenso gut wie sein Kollege Joschka Fischer.

... Und was Koalitionen mit der PDS in den Ost-Bundesländern betrifft: Es ist ein Streit um Kaisers Bart. Die Situation der grünen Partei im Osten ist nicht so, als daß sie über Koalitionen debattieren könnte. Dort geht es für die Bündnisgrünen ums nackte Überleben. Einzig und allein in Sachsen-Anhalt sitzen sie (und dies mit knapper Not) im Landtag.

Wenn es ihnen nicht gelingt, diese Stellung auszubauen, können sie sich im Osten ohnehin abmelden. Mit PDS-Bündnisdebatten kommen sie diesem Ziel rasch näher.

#### Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik – erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: GNN-Berlin, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“. Bedaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin. Nachrichtenverbindungen: Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41. Hamburg: GNN-Verlag, Palmstraße 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 3 89 83 31. Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 05 11 / 4 58 37 93 Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089 / 5 02 81 12. Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04 / 6 57 11, Fax: 03 42 04 / 6 58 93. Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

#### Politische Berichte – zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Konto-Nr./BLZ: .....

BankUnterschrift .....

Arbeitslosenquote nach Bezirken

Arbeitslosenquote gebildet aus Arbeitslosen im Verhältnis zu den abhängigen zivilen Erwerbspersonen, 1994



Schlüssel:

Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen

- 7,08 bis unter 11,82
- 11,82 bis unter 14,65
- 14,65 bis 21,66

Orientierung der Gruppeneinteilung am Berliner Durchschnitt  
13 Arbeitslose je 100 Erwerbspersonen

Quelle: SenGes

Sozialhilfeempfänger nach Bezirken

je 1 000 Einwohner, 1993



Schlüssel:

Sozialhilfeempfänger je 1 000 Einwohner

- 45,3 bis unter 74,7
- 74,7 bis unter 93,6
- 93,6 bis 168,6

Orientierung der Gruppeneinteilung am Berliner Durchschnitt  
ou Sozialhilfeempfänger je 1 000 Einwohner

Quelle: SenGes

Vorzeitige Sterblichkeit nach Bezirken

Durchschnitt der Jahre 1991 - 1993, altersstandardisiert, 0 - 65 Jahre, alle Todesursachen



Schlüssel:

Vorzeitige Sterblichkeit in Prozent

- 68,86 bis unter 89,87
- 89,87 bis unter 108,43
- 108,43 bis 139,92

Orientierung der Gruppeneinteilung am Berliner Durchschnitt  
(100 %)

Quelle: SenGes

# „Wer arm ist, stirbt früher“

## Ein lesenswertes Taschenbuch der Berliner Bezirksverwaltung von Hohenschönhausen

Die Abteilung Gesundheitswesen beim Bezirksamt des Ostberliner Bezirks Hohenschönhausen hat ein lesens- und nachahmenswertes kleines Taschenbuch zur gesundheitlichen Situation im Bezirk und insgesamt in Berlin herausgegeben.

„Wer arm ist, stirbt früher“, stellt das Amt in einer Presseerklärung aus Anlaß der Herausgabe der Broschüre als eines der Ergebnisse seiner Studien heraus. „Das Taschenbuch beschreibt auf der einen Seite die wohlhabenden Bezirke Zehlendorf und Steglitz mit guter gesundheitlicher Situation und auf der anderen Seite Kreuzberg und Tiergarten mit einer prekären gesundheitlichen Lage. Insbesondere Kreuzberg im Vergleich zu Zehlendorf illustriert die gesundheitlichen Auswirkungen von Armut. Die Arbeitslosigkeit beträgt in Kreuzberg das Dreifache von der in Zehlendorf. Entsprechend unterscheidet sich auch die Sterblichkeit beider Bezirke. So ist die Säuglingssterblichkeit oder die Sterblichkeit im mittleren Alter von 45 bis 50 Jahren in Kreuzberg doppelt so hoch wie in Zehlendorf.“

Das Bezirksamt von Hohenschönhausen (die PDS holte hier bei den letzten Bezirksvertretungswahlen im Oktober 1995 43,6% der Stimmen und 21 der 45 Sitze in der Bezirksvertretung, Bürgermeisterin Dr. Bärbel Grygier wurde auf Vorschlag der PDS gewählt) kommt aufgrund seiner Studien zu einem Schluß, der sicher nicht nur für Berlin gilt: „Aus dem Bericht geht hervor, daß die soziale Situation der Menschen eines Be-

zirks maßgeblichen Einfluß auf ihre Gesundheit hat. So zeigen die alarmierenden Zahlen, daß Armut wieder eine Krankheit geworden ist. Gerade bei der allgemeinen Zunahme sozialen Leids, wie Arbeitslosigkeit, Sozialhilfeabhängigkeit und Armut ist eine Ausbreitung von Krankheit in Berlin vorauszusagen.“

Die fast deckungsgleiche Konzentration von hoher Arbeitslosigkeit, hohem Anteil von Sozialhilfebeziehern, früherem Tod und hoher Zahl von Tuberkuloseerkrankungen in den Stadtteilen Wedding, Tiergarten, Kreuzberg, Friedrichshain und Prenzlauer Berg (der auf den Schaubildern zu erkennende dunkle „Ring“ im Stadttinnern) sowie in dem südöstlich anschließenden Stadtteil Neukölln unterstreicht diese Aussagen sichtbar.

Die Tabellen über Todesursachen, Tuberkulose- und Salmonellenerkrankungen dokumentieren ebenfalls die Entwicklung der „Lebensqualität“ für arme Leute. Steigende Selbstmordzahlen im Osten, Anstieg der Tuberkuloseerkrankungen im Osten und in ganz Berlin unter der Bevölkerung ohne deutschen Paß, Salmonellenerkrankungen seit 1989 fast verdreifacht – das spricht eine deutliche Sprache. Aus Platzgründen fehlt hier die im Taschenbuch ebenfalls dokumentierte Entwicklung der Geburtenzahlen: Während sie in Westberlin seit 1985 nahezu konstant bei 10 Geburten im Jahr je 1.000 Einwohner stagniert, fiel sie in Ostberlin von über 14 Geburten je 1.000 Einwohner (1987) nach der Wende auf heute weniger als 6 Geburten. (rül)

Neuerkrankungen an Tuberkulose nach Bezirken

je 100 000 Einwohner, alle Formen, 1994



Schlüssel:

Neuerkrankungen je 100 000 Einwohner

- 8,3 bis unter 21,4
- 21,4 bis unter 26,9
- 26,9 bis 33,3

Orientierung der Gruppeneinteilung am Berliner Durchschnitt  
(23,4 Neuerkrankungen je 100 000 Einwohner)

Quelle: StA Berlin

Alle hier abgedruckten Schaubilder und Tabellen sind entnommen aus dem Taschenbuch:

„Gesundheit. Hohenschönhausen im Vergleich der Bezirke“. Hrsg. Bezirksamt Hohenschönhausen von Berlin, Abt. Gesundheit, Personal und Verwaltung, Plan- und Leitstelle Gesundheit, Matenzeile 26, 13053 Berlin, Telefon 039-9802-7525.

Gegen einen Unkostenbeitrag von 7 DM kann das Taschenbuch dort weiterhin bezogen werden.

Tabelle 9: Entwicklung der Todesursachen Drogen, AIDS und Selbstmord in Berlin 1989-1994 (in absoluten Zahlen)

	Drogen <sup>1)</sup>	AIDS <sup>2)</sup>	Selbstmord <sup>3)</sup>
<b>Berlin</b>			
1989	67	202	359
1990	100	218	389
1991	148	277	361
1992	120	332	350
1993	56	334	355
1994	44	341	367
<b>Berlin-West</b>			
1989	67	202	420
1990	100	218	419
1991	143	272	363
1992	115	323	351
1993	45	321	341
1994	38	326	364
<b>Berlin-Ost</b>			
1989	-	-	139
1990	-	-	170
1991	5	5	198
1992	5	9	197
1993	11	13	212
1994	6	13	183

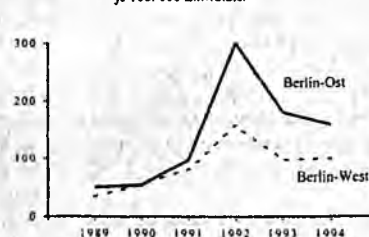
<sup>1)</sup> ICD-Nr. 304, <sup>2)</sup> ICD-Nr. 042-044, <sup>3)</sup> ICD-Nr. E950-E959.  
Quelle: StA Berlin

Tabelle 11: Neuerkrankungen an Tuberkulose (alle Formen) 1990-1994 in Berlin, Berlin-West und Berlin-Ost je 100 000 Einwohner

	Berlin	davon Deutsche
1990	27,9	21,6
1991	25,9	20,0
1992	24,8	18,7
1993	25,3	18,7
1994	23,4	16,7
<b>Berlin-West</b>		<b>davon Deutsche</b>
1990	35,6	27,0
1991	34,0	25,9
1992	29,9	21,8
1993	28,7	21,8
1994	26,2	17,9
<b>Berlin-Ost</b>		<b>davon Deutsche</b>
1990	15,1	11,6
1991	12,2	11,1
1992	16,1	14,1
1993	19,7	14,1
1994	18,7	15,0

Quelle: StA Berlin

Abbildung 16: Neuerkrankungen an Salmonellose in Berlin-West und Berlin-Ost je 100.000 Einwohner



Quelle: StA Berlin und eigene Berechnungen

Tabelle 12: Neuerkrankungen an Salmonellose 1989-1994 in Berlin und Hohenschönhausen je 100.000 Einwohner

Jahr	Berlin	Berlin-West	Berlin-Ost	Hohenschönhausen
1989	40,1	34,3	49,9	51,1
1990	53,9	54,4	53,2	76,1
1991	86,2	80,2	96,3	117,0
1992	208,5	154,6	299,3	600,9
1993	125,8	95,2	177,0	210,0
1994	119,3	97,5	155,6	175,3

Quelle: StA Berlin und eigene Berechnungen